Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 126. Donnerstag, den 2. Juni 1921. 28. Jahrgang.

Wirths Reparationsprogramm.

Dr. L. Lübeck, 2. Juni 1921.

In der gestrigen Reichstagssitzung hat Wirth für die neue Regierung die Programmrede vorgetragen. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen naturgemäß die Absichten und Pläne, die sich auf die Reparation beziehen; auch die innere und äußere Politik wird sich um den Brennpunkt der Leistungen zu gruppieren haben.

Rein äußerlich ist die Rede wenig geschickt, sie hat nichts von dem an sich, was die Rhetorik eines Briand oder eines Lloyd George auszeichnet, es fehlten ihr Schwung und hinreißende Wärme. Nur die Stellen, die von dem deutschen Recht an Oberschlesien sprechen, die die unveränderlichen Grundsätze jeder gerechten Demokratie anrufen, sind getragen von dem echtem Gefühl, das die Zuhörer packt und überzeugt.

Aber schließlich ist die Bedeutung einer Rede nicht begründet in der Form, sondern in ihrem sachlichen Gehalt; nicht wie ein Programm vorgetragen wird, ist das Wichtige, sondern was es enthält. Alle Stimmungsbilder, die aus dem Reichstage uns vorliegen, sprechen von der Unruhe der Deutschnationalen und von der Bestürzung und Verlegenheit der deutschen Volkspartei. Ein gutes Zeichen! Der Regierungseintritt der Sozialdemokratie hat sich gelohnt; ihr Einfluß auf den Programmentwurf ist einwandfrei feststellbar. Unter der Voraussetzung, daß den schönen Worten ebenso schöne Taten folgen, können wir in den meisten Punkten Wirth zustimmen. So lange er auf dem jetzt begonnenen Weg bleibt, hart und rücksichtslos gegen die ewigen Widerstände der Geheimräte und der Beamtenmaschine seinen Willen durchzusetzen weiß, hat er unser Vertrauen.

Wir können auf die einzelnen Punkte des Rigerungsprogramms infolge Raummangels nur ganz kurz eingehen. Unser grundsätzlicher Standpunkt zu dem wichtigsten Abschnitt der Kanzlerrede, der sich mit der Besteuerung befaßt, wird in unserer morgigen Ausgabe in einem besonderen Artikel niedergelegt werden.

An die Spitze seiner langen Rede stellte Wirth eine Formel, die sein ganzes Programm zusammenhält: Verständigung, Wiederaufbau, Versöhnung. Diese drei Worte als Träger der deutschen Außenpolitik werden von jedem einsichtigen und ehrlichen Deutschen unterschrieben werden können. Die Ultimatumsannahme war nur ein Anfang; der gute und ehrliche Wille des ganzen Volkes wird nötig sein, um den begonnenen Weg erfolgreich weiter auszubauen.

Der erste Prüfstein für die Macht und den Willen der neuen Regierung wird ihre endgültige Haltung in der Entwaffnungsfrage sein. Die Durchführung des Versailler Vertrages muß uns Ehrensache werden; Mannesart ist es, einen unterschriebenen Vertrag einzulösen, auch großen Schwierigkeiten zum Trotz. Was ein energisches Zugreifen vermag, hat die schnelle und friedliche Auflösung der bayrischen Einwohnerwehren bewiesen. Aber alle diese Dinge, Luftabrüstung, Ablieferung der Festungsgeschütze, Auflösung des Selbstschutzes aller Art usw. sind doch nur der allererste Schritt beginnender Erfüllung. Das eigentliche Problem sind die Sachleistungen. Und da werden Wirth und noch mancher seiner Nachfolger harte Nüsse zu knacken haben.

Befriedigen kann Wirths Feststellung, daß die Reparationsfrage nur gelöst werden kann durch eine ganz neue und straffe Organisation des gesamten Wirtschaftslebens, die der ungeheuren Verschleuderung von Werten im Dienste der Profitsucht ein Ende machen muß. Mit dieser Organisation ist auch die Landwirtschaft zu durchdringen, die auf diese Weise gewissermaßen industrialisiert werden kann, um viel mehr als bisher einen größtmöglichen Ertrag abzuwerfen.

Alle diese Maßnahmen werden aber den Ueberschuß der deutschen Wirtschaft im Welthandel nicht so sehr erhöhen, daß ein Eingriff in die Substanz selbst unnötig würde. Es wird sich deshalb nicht umgehen lassen, daß das Reich über kurz oder lang zu einer Beschlagnahme der sogenannten Goldwerte übergehen muß, um diese Werte zum Ankauf von Devisen zu verwenden. Unter Goldwerten versteht man hauptsächlich die Produktionsmittel, die heute noch annähernd ihren Goldwert haben, wie z. B. Grundstücke, Industriewerte usw. Auch darüber hat Wirth ausführlich gesprochen.

Welcher Weg sich auch als gangbar erweisen wird, eins ist sicher, daß eine derartige Finanzlast auf die Schultern des Reiches fallen wird, daß neue Steuern weitgehendster Art nicht zu umgehen sind. Die glorreich zurückgetretene bürgerliche Regierung hinterläßt ein Jahresdefizit von 70 Milliarden, die Wiedergutmachungssumme für das erste Jahr beträgt schätzungsweise 50 Milliarden; gibt zusammen eine Summe von 120 Milliarden Papiermark. Wie Wirth diese Summe aufbringen will, ist vorläufig sein Geheimnis. Was er aber in seiner Rede davon verraten hat, ist in hohem Maße geeignet, unser Befremden zu erregen.

Indirekte Steuern sind seine Hauptzuflucht. Schnapsmonopol, Bier- und Tabaksteuer; ferner die Erhöhung der Zuckersteuer und der Süßstoffabgabe. Es ist wahrscheinlich, daß direkte Steuern nicht den ganzen Betrag decken werden, es ist außerdem sicher, daß die Entente eine weitgehende Belastung des Alkohols und des Tabaks vorschreiben wird. Mit diesen beiden Steuern wird man sich also abzufinden haben. Keinesfalls aber darf die Zuckersteuer eingeführt werden; es wäre das eine ganz unerträgliche Belastung der großen Familien.

Scharf bekämpfen werden wir auch die beiden anderen Ziele Wirths: Die Aufhebung der Ueberteuerungszuschüsse für Wohnungsbauten und die damit verbundene Erhöhung der Mieten; und ebenso die Aufhebung der Zuschußpolitik des Reiches in der Brotversorgung. Die Annäherung des Brotpreises an den Weltmarktpreis ist völlig undiskutabel und würde die letzten Arbeitergroschen den Agrariern in die Tasche jagen.

Wir kommen noch eingehender auf das Steuerprogramm zurück; besonders auf die geplante Besteuerung der Grundstücke und der Dividenden jeder Art.

Die Reichstagssitzung.

Mittwoch, 1. Juni, nachmittags 4 Uhr.

Am Regierungstisch: Dr. Wirth, Bauer, Dr. Rosen, Schiffer, Dr. Gradnauer, Schmidt, Geßler, Hermes, Gröner, Brauns, Rathenau.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Entgegennahme einer

Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Man erwartet von der neuen Reichsregierung ein Programm. Ich will dieses Programm in eine kurze Form zusammenfassen, in drei Worte. Diese drei Worte heißen:

Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung.

In dieser Formel soll begründet sein, daß wir alle unsere Kraft daransetzen wollen, um Deutschlands Staatsschiff herauszulenken aus den Wogen der Krisen und Katastrophen in ein ruhiges Fahrwasser friedlicher Entwickelung. Durch Werke des Friedens und des Aufbaues nach innen und außen wollen wir zeigen, daß es uns ernst ist mit dem Beginn einer neuen Zeit, daß wir unsern Verpflichtungen bis zum äußersten nachkommen und durch Arbeit und Leistungen die Freiheit des Vaterlandes wiedergewinnen wollen. Die Annahme des Ultimatums hat einen Schlußstein gesetzt und unsere Politik in eine bestimmte Bahn gelenkt. Die Absicht der Reichsregierung ist eindeutig und klar. Sie will die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft und loyal erfüllen. Sie will den guten Mut haben und von dem ganzen deutschen Volke verlangen, daß es sich anstrengt, Leistungen größerer Art zu vollbringen. Nur dann kann eine Höchstleistung erzielt werden. Hierin erblickt die Reichsregierung die einzige für Deutschland mögliche Politik. Das Ultimatum stellt uns kurze Fristen. Einige derselben sind bereits abgelaufen. Wir haben sie innegehalten. **Auf finanziellem Gebiete ist die Zahlung einer Milliarde Goldmark rechtzeitig erfolgt.** Am 31. Mai sind weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen angeboten worden.

Durch die Annahme des Ultimatums haben wir uns den Entwaffnungsbestimmungen der Pariser Note vom 29. Januar auf dem Gebiete des Militär-, Marine- und Flugwesens gefügt. Die Note, die uns zur Ausführung des Ultimatums von General Nolens, dem Leiter der interalliierten Militärkommission überreicht worden ist, wird in der üblichen Weise dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zugeleitet werden. Die bisher abgelaufenen Fristen sind auch auf diesem Gebiete innegehalten. Die Reichsregierung ist einmütig der Ansicht, daß uns in der Frage der Entwaffnung keine Vorwürfe gemacht werden können, geschweige, daß sie Anlaß zu Sanktionen geben darf. Was an uns ist, werden wir deshalb tun, um unsere Verpflichtungen einzulösen.

Die Durchführung der Entwaffnungsbedingungen ist veranlaßt worden.

Die von der Militärkontrollkommission festgesetzten Höchstbestände für den Bedarf und die Ausrüstung unseres Hunderttausendmannheeres sind von uns anerkannt worden. Befehle zur Ablieferung des überflüssigen Materials sind erteilt. Die Ablieferung ist im Gange. Der Abbau der von der Kontrollkommission nicht zugestandenen Bestückung unserer Landfestungen einschließlich Lützen und Boyen ist angeordnet und wird unverzüglich durchgeführt. Das gleiche gilt für die Küstenbefestigungen. Die Listen für das Gerät des 100 000-Mann-Heeres sind anerkannt. Die für seine Herstellung nicht zugelassenen Fabriken werden geschlossen.

Ebenso sind die in den Pariser Beschlüssen enthaltenen Forderungen, die sich auf die Marine- und Luftfahrt beziehen, teilweise erfüllt, teilweise in schleuniger Durchführung begriffen. Eine Vorlage über diese Materie wird in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen. Ein Verbot zur Ausfuhr von Luftfahrmaterial ist erlassen. Der Kontrollkommission ist mitgeteilt worden, daß die deutsche Regierung die ihr in Aussicht gestellte Entscheidung zur Unterdrückung der zivilen Luftfahrt von der im Friedensvertrag untersagten militärischen Luftfahrt anerkennt. Die Ablieferung der überflüssigen Waffen der Polizei ist durchgeführt. Anordnungen zur Zurückführung der Gesamtstärke der Polizei, die nach dem Boulogner Beschluß 150 000 Mann nicht überschreiten soll, sind erlassen. Die in den Pariser Beschlüssen geforderten Maßnahmen für die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät sind so durchgeführt, daß sie in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen werden.

Zur Entwaffnung der Einwohnerwehren sind von der Landesregierung die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden. Die bayrische Regierung steht nach ihrer früheren Stellungnahme vor einer außerordentlich schwierigen Situation. Ich habe es nicht für richtig gehalten, durch offizielles Schreiben seitens der Reichsregierung diese schwierige Lage der bayrischen Regierung noch zu verschärfen, aber Sie können mir glauben, daß ich trotzdem nicht untätig gewesen bin. Die bayrische Regierung hat inzwischen in Erkenntnis der tatsächlichen Lage die bekannte Erklärung über die Entwaffnung der Einwohnerwehren abgegeben. Ich spreche namens der Reichsregierung die Hoffnung und Erwartung aus, daß die Waffenabgabe pünktlich erfolgt. **Die freiwillige Entwaffnung** ist eine wichtige Tat; auch für Deutschlands innere Einheit. Ein Spiel mit dem Zwang von innen oder von außen hätte nur zu Entzweiungen unter den deutschen Stämmen führen können.

Neben der Entwaffnung steht die Frage der Auflösung der Organisationen. Die bayrische Regierung ist der Ansicht, daß zum mindesten nach erfolgter Waffenabgabe die bayrische Einwohnerwehr nicht mehr unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages fällt, welche für die Auflösung gewisser näher bezeichneter militärischer Organisationen sprechen. Das bayrische Oberlandesgericht hat denselben Standpunkt ausführlich dargelegt. Aber die Reichsregierung stand nicht mehr allein vor den Artikeln 177 und 178 des Friedensvertrages, sondern vor dem Ultimatum vom 5. Mai ds. Js., das in dieser Hinsicht auf die Pariser Note vom 29. Januar bezug nahm. Darin ist eine gewisse Interpretation des Vertrages gegeben, die es nicht ermöglicht, die Einwohnerwehr von der Liste der aufzulösenden Organisationen auszunehmen. Diese Liste, die wir überreicht haben, mußte offen und klar sein. Sie mußte **die Einwohnerwehr und die Organisation Escherich** enthalten. Sie können sicher sein, daß die Reichsregierung diesen Eingriff in das Vereinsrecht nur unter dem Druck der Alliierten vorgenommen hat. Sie hat daher auch die Ansicht der beteiligten Landesregierung und die Unterlagen den Alliierten mitgeteilt, damit diese eine Nachprüfung vornehmen können.

Aufgaben, die sich aus dem wirtschaftlichen Teil des Ultimatums für Deutschland ergeben.

Das Programm ist weit ausladend. Es gliedert sich in drei Teile. Die Aufgabe, die unmittelbar vor uns steht, ist das finanzielle Problem. Im engsten Zusammenhang damit steht das Wirtschaftsproblem und die sozial-ethische Aufgabe. Der Teil umfaßt die **Ablieferung von 26 Prozent der Ausfuhr und die fixe Summe von 2 Milliarden jährlicher Annuitäten.** Dazu kommen noch die Besatzungkosten. Wenn wir im Jahre 1921 dieselbe Ausfuhr haben, wie 1920, würden wir insgesamt über 40 Milliarden Goldmark zu leisten haben. Diese Summe ist außerordentlich groß. Von vielen Seiten wird gesagt, wir können sie nicht leisten. Jetzt aber haben wir nicht mehr darum zu streiten, ob die Summe unserer Leistungsfähigkeit angepaßt ist. Dieser theoretische Streit führt zu nichts. **Wir müssen zu beweisen suchen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist.** Denn die Sache der Freiheit ist selbst mit schärfsten finanziellen Opfern nicht zu teuer erkauft. Unsere nächste Aufgabe wird es sein, für die Erfüllung der Verpflichtungen einen sorgfältigen und genauen Zahlungsplan aufzustellen. Der Friedensvertrag läßt der deutschen Regierung ausdrücklich die Möglichkeit offen, mit bestimmten Vorschlägen an das Garantiekomitee heranzutreten und einen Plan festzulegen. Dieser Plan wird einerseits den gesamten Betrag der Sachleistungen festzusetzen haben. Soweit diese Verpflichtungen nicht durch Sachleistungen erfüllt werden, ist nachzuweisen, wie wir im Innern die Mittel auftreiben wollen, um den zu zahlenden Restbetrag durch Devisen zu decken. **Es werden bestimmte Steuern zu kennzeichnen sein.** Der gesamte Betrag dieser als Sicherheit gegebenen Steuern muß hinreichend sein, um den Restbetrag zu decken. Wir haben uns bereits an die Arbeit gemacht und werden binnen kurzem über diesen Zahlungsplan uns mit der Garantiekommission in Verbindung setzen. Die 26prozentige Ausfuhrabgabe kann dauernd für die deutsche Ausfuhrindustrie nicht in Frage kommen. Der Ausfuhrindex ist brutal roh. Es soll nach einem besseren Index geforscht werden. Arbeiten nach dieser Richtung hin sind im Gange. **Jedenfalls müssen wir damit erzielen, irgend eine Summe an Einnahme zu schaffen, die gleich hoch ist, wie die der Ausfuhrabgabe.** Eine volle Rückvergütung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe wird nicht erfolgen können. Die Stunde für den Reichswirtschaftsrat zur tätigen Mitarbeit an dem deutschen Geschick ist gekommen. Wäre die Angleichung an den Weltmarktpreis nicht so weit vorgeschritten, so wäre die Ausfuhrabgabe vielleicht zu leisten. Heute noch besteht eine

starke Spannung zwischen der Kaufkraft des Geldes im Inlande und im Auslande. Diese Spannung muß möglichst ausgenutzt werden. Es wird Sache des Reichswirtschaftsrates sein, zusammen mit der Reichsregierung Vorarbeiten nach dieser Richtung fertigzustellen. Dann aber gilt es, die **Deckung für die zwei Milliarden Gold und fixen Annuitäten** festzustellen. Aber auch an Sachleistungen muß Deutschland die erforderlichen Summen aufbringen; denn es geht nicht an, daß wir auf die Dauer zu Anleihen greifen. Die Erfahrungen des Krieges nach dieser Richtung hin sind schlimm. Wir müssen sehen, die Lasten tatsächlich als ehrliche Einnahme aufzubringen. Bei neuen Steuerfällen richtet sich das Augenmerk des deutschen Sozialpolitikers unwillkürlich auf die Kohle. Unser Kohleninlandspreis ist heute noch niedriger als der Weltmarktspreis. Das wäre nicht der Fall, wenn wir die Preisbildung in der Kohlenindustrie sich hätten frei entwickeln lassen. Hierin liegt zu gleicher Zeit auch ein Reservefonds. Man wird die bestehende Preisdifferenz zwischen Inland- und Weltmarktpreis ausnutzen müssen. Es fragt sich nur, auf welche Weise dies am besten geschehen soll. Es muß allerdings ein Weg gefunden werden, der uns gestattet, **eine Differenzierung zwischen Hausbrand- und Industriekohlen zu schaffen.** Es gilt die übrigen Steuern so auszubauen, daß sie hinreichend sind, einerseits die festen Beträge der Reparation, anderseits die Ausfälle zu decken, die durch die Reparationen im Staatsbudget entstehen.

Das Bestreben der Reichsverwaltung muß von folgenden Gesichtspunkten geleitet sein: Wo noch

Besitzsteuern

durchzuführen sind ohne Schädigung des eigentlichen Wirtschaftsprozesses, muß es geschehen. Es kommt in Frage:

1. **ein Ausbau der Körperschaftssteuer, der einer Besteuerung der hohen Dividenden gleichkommt,**
2. **ein stärkerer Ausbau der Börsensteuer, um vor allem die Spekulationen an der Börse auf diese Weise zu erfassen, und**
3. **handelt es sich nicht allein darum, neue Steuern zu schaffen, sondern die bereits verabschiedeten Steuern durchzuführen.** Es werden innerhalb der Finanzverwaltung Einrichtungen zu schaffen sein, **die eine vollkommenere Ausschöpfung der bisher erschlossenen Besitzquellen** ermöglichen. Auf diese Weise können wohl noch mehrere Milliarden gefördert werden. Es hat ein großes Maß von Geduld dazu gehört, im Laufe eines Jahres das Aufgehen der Besitz- und Einkommensteuer zu überwachen. Wir müssen alles tun, um **rasch und energisch die Besitz- und Einkommensteuer auch bei denen zur Durchführung zu bringen, die über die Produktionsmittel verfügen.** Eine gewisse Reserve liegt vielleicht auch bei der **Nachlaßsteuer.** Die Möglichkeiten werden geprüft. Ein **Ausbau der Erbanfallsteuer** ist in Betracht zu ziehen. Entwürfe sind bereits ausgearbeitet für eine Erhöhung der Einnahmen aus dem **Branntweinmonopol,** aus der **Biersteuer,** für eine **Beseitigung der Ermäßigung bei der Tabaksteuer,** für eine höhere **Besteuerung des Zuckers einschließlich der Süßstoffe,** sowie die Frage eines **Raffinademonopols.**

Bei der

indirekten Besteuerung

wird das Hauptgewicht darauf zu legen sein, daß der Steuerertrag unter möglichst geringer Steigerung der Verbrauchsweise garantiert wird. Die **Steuer auf den Luxus** wird stärker anzuziehen sein. Die Steuer, deren Ertrag durch Geldentwertung herabgesetzt ist, muß verhältnismäßig erhöht werden, um auf den Friedensstand zu kommen.

Dazu müssen weitere Einnahmequellen geschaffen werden. Die von der Geldentwertung nicht betroffenen Besitz- und Sachwerte oder anderer Werte, die von der Wertveränderung des Geldes nicht betroffen worden sind, die ihren Wert mehr oder weniger beibehalten haben, müssen schärfer erfaßt werden. **Zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern dürfen nicht noch Reparationsgewinnler kommen.** Dann hoffen wir, die Finanzen des Reiches den Bedürfnissen entsprechend ausgestalten zu können. Wenn der Reichstag dieses Gesetzeswerk möglichst rasch erledigt, so wird der zweite Teil der Sanierung unserer Finanzen folgen. Dann muß natürlich die Zuschußwirtschaft rasch und energisch abgebaut werden. Nur produktive Ausgaben dürfen auf Anleihen genommen werden. Einer späteren Zeit wird es vorbehalten bleiben, das große **Problem der Währungsfrage** in Angriff zu nehmen. Heute ist die Zeit dazu bei den Zuständen unserer Finanzen noch nicht gekommen.

Im engsten Zusammenhang mit dem Finanzproblem steht das

Wirtschaftsproblem.

Es ist selbstverständlich, daß die Summen, die wir an das Ausland zahlen müssen, auf die Dauer nur aus dem Ueberschuß unserer Wirtschaft kommen können. Unsere Volkswirtschaft muß eingerichtet werden auf jede Produktions- und national-wirtschaftliche Ersparnis. Die Richtung, die unsere Wirtschaftspolitik nehmen muß, ist durch die Kontributionsverpflichtungen und ihre technische Ausgestaltung zum großen Teil bedingt. Wenn wir die unabhängigen Leistungen aufbringen wollen, müssen wir im Inland **höhere Werte erzeugen** und unsere **Einfuhr einschränken.** Wir müssen alle aktiven Posten der deutschen Zahlungsbilanz möglichst steigern und die passiven Posten möglichst niedrig halten. Das ist die zwingende Logik der ganzen Lage. Daraus folgt wieder mit notwendiger Konsequenz der möglichste Ausbau der heimatlichen Lage unserer Volkswirtschaft. Wir haben im Inlande Erze genug, die wir aus dem deutschen Boden möglichst herausholen müssen. Die Einfuhr von Luxusware muß möglichst durch Zölle und Steuermaßnahmen beschränkt werden. Man muß aber auch der deutschen Regierung wieder die Verfügungsgewalt über die Zollgrenzen geben. Es darf kein neues Loch im Westen geschaffen werden. **Die Landwirtschaft muß auf höchstmögliche Produktion eingestellt werden.** Infolge des Wegfalls wichtiger landwirtschaftlicher Gebiete ist das doppelt schwer, aber auch doppelt notwendig und kann nur gelingen, wenn die ganze Landwirtschaft sich mit alter zäher Energie an diese Aufgabe heranmacht. Nötig ist rationelle Bodenpflege, die Verwertung des rationellsten Düngungsverfahrens, die Benutzung von Motoren an Stelle von Zugtieren, der Umfang der Bodenflächen muß vermehrt werden durch Kultivierung von Oedländereien. Die Beschäftigung der Arbeitslosen wird dadurch produktiv. Für die Industrieaufträge müssen entsprechende Maschinen und Gerätschaften geschaffen werden. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen muß rasch und großzügig ausgebaut werden.

Unsere ganze Wirtschaftspolitik muß abgestimmt sein auf das Ziel:

größtmögliche Produktionssteigerung.

Dadurch werden wir unsere Volksernährung verbessern und unabhängig von der Auslandsversorgung werden. Auch sonst gilt es bei uns, aus dem heimischen Boden herauszuholen, was er hergeben kann. Wir müssen hinabsteigen in die Kohlen-, Salz- und Erzkammern. Ich erinnere an die Forstbestände. Der Verkehr muß ausgebaut werden unter dem Gesichtspunkt technischer Höchstleistungen. Ich denke an den Ausbau der **Handelsflotte** und die Kanalbauten. **Unsere Erwerbslosen müssen unter allen Umständen produktiv beschäftigt werden.** Notwendig ist die Förderung des **Bau- und Siedlungswesens.** Auch unsere Industrie muß auf höchste Leistungen eingestellt sein. Die Strömungen nach Normalisierung und Typisierung werden dabei eine wichtige Rolle spielen. **Qualitätsleistungen auf allen Gebieten sind eine unbedingte Notwendigkeit.**

Das ist ein gewaltiges Arbeitsfeld für viele, viele Jahre,

ein Programm auf lange Sicht.

Wir können es nur bewältigen, wenn auch die richtige soziale und ethische Einstellung der deutschen Volksseele erfolgt. Wir brauchen den sittlichen Wiederaufbau der Nation. Wir müssen wieder den Blick nach vorwärts richten. An die Stelle der Mutlosigkeit und Verzagtheit muß wieder das Bewußtsein treten, daß ein Volk von solcher geschichtlichen Vergangenheit und solchen wirtschaftlichen Leistungen auch die Zeiten dieser Not überwinden muß. Bei Zusammenfassung aller Kräfte muß es trotz aller Lasten, die ihm aufgezwungen werden, sein Schicksal meistern können. In alle Schichten des Volkes muß jener soziale Geist einkehren, der unbedingt nötig ist, um die Arbeitsfreudigkeit zu vermehren.

In den letzten Tagen und Wochen war unser Blick vor allem nach Südosten, nach

Oberschlesien

gerichtet, auf unsere Brüder, die unter dem Druck Korfantys Unerträgliches zu erdulden hatten. Als sich die überwiegende Mehrheit des oberschlesischen Volkes für Deutschland entschied, hat Korfanty den Versuch unternommen, mit Waffengewalt vorzugehen. Die deutsche Regierung hat das vorausgesehen und es an Warnungen nicht fehlen lassen. Der Aufstand ist ins Einzelne von den Polen vorbereitet worden. **Es war keine spontane Volksbewegung, sondern eine künstlich entfachte, von außen unterstützte Revolution.** Die Folgen sind Terror, Verwüstung, Plünderung. Das Land ist aufs äußerste gefährdet. Die Landwirtschaft liegt darnieder. Die Industrie- und Hüttenbetriebe stehen vor dem Zusammenbruch. Starker Kohlenmangel macht sich bemerkbar. So sieht das Land aus, das im vorigen Jahre im Zustand des Friedens und Gedeihens der interalliierten Kommission zu treuen Händen übergeben worden ist. Die Bevölkerung hat sich zur Selbsthilfe zusammengeschlossen, um Haus und Hof, Weib und Kind zu schützen. Mit höchster Bewunderung haben wir ihre Selbstbeherrschung festgestellt. Insurrektion kann nie Recht schaffen. Dadurch kann nie ein Land polnisch gemacht werden, das zu Deutschland gehört. Zwei Jahre vor dem Kriege, 1912, haben 70 Proz. der oberschlesischen Wähler für deutsche Parteien gestimmt. Das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien hat die Polen enttäuscht. Sie selbst haben die Heranziehung der Emigranten zuerst verlangt. Da sie sich über deren Abstimmung getäuscht haben, wollen sie jetzt ihre Stimmen nicht gelten lassen. Sollte die Abstimmung nur dann die Entscheidung bringen, wenn sie zugunsten Polens ausfiel? Für Deutschland ergab sich eine Mehrheit von einer viertel Million Stimmen. Das Ergebnis wäre noch günstiger gewesen, wenn man nicht allen nach 1904 Zugezogenen das Stimmrecht genommen hätte. Die Polen selbst schätzen den Schaden, den die Deutschen durch diese Bestimmung erlitten haben, auf 120 000 Stimmen. **Aus all dem ergibt sich das deutsche Recht auf Oberschlesien.** Die Teile, die von Oberschlesien abgetrennt und zu Polen geschlagen würden, wären dem Ruin überliefert. Selbst Freunde der Polen haben die Unfähigkeit der Polen festgestellt, die so hoch entwickelten Gebiete zu verwalten. Oberschlesien würde, wenn es zu Polen käme, auf den Tiefstand des polnischen Wirtschaftslebens herabgedrückt werden. Polen hat Oberschlesien auch nicht nötig. Es verfügt selber über Kohlen- und Erzvorräte, die es selbst entwickeln sollte, anstatt seine Hand nach fremdem Gut auszustrecken. Deutschland hat sich sogar bereiterklärt, an Polen diejenigen oberschlesischen Erzeugnisse zu liefern, die es braucht, solange das polnische Kohlengebiet nicht erschlossen ist. Gestützt auf unser gutes Recht, auf die Logik der wirtschaftlichen Tatsachen muß Oberschlesien bei Deutschland bleiben. Die Regierung hat die Notwendigkeit betont, daß in Oberschlesien jetzt alles vermieden wird, was den Gegnern Gelegenheit bietet, unsere gerechte Sache zu verdunkeln. Die deutsche Grenze nach Oberschlesien ist gesperrt, die polnische ist offen.

Es geht nicht, daß durch bewaffneten Aufstand sogenannte „vollendete Tatsachen" geschaffen werden. Die Demokratie, die ihren Ausdruck erhielt durch das Plebiszit, die Mächte, deren Verfassungen demokratischen Charakter haben, werden dafür sorgen müssen, daß dieser Willensausdruck zur Geltung kommt. **Oberschlesien darf nicht ein neuer Brandherd werden, der Europa aufs neue in Flammen setzen kann.**

Den Beratungen in den französischen gesetzgebenden Körperschaften sind wir mit äußerster Spannung gefolgt. An Worten hat es drüben nicht gefehlt. An Worten fehlt es auf der Welt überhaupt nicht. Ich muß jedoch die Frage an die Gegenseite richten: Wie denkt sich denn Frankreich die Lösung der von Briand angeregten Frage: Der demokratische Geist muß sich in Deutschland entwickeln? Sollen etwa die Sanktionen der letzten Zeit, die rheinische Zollgrenze, die Besetzung weiteren deutschen Gebietes und deutscher Städte, das Fraternisieren französischer Truppen mit den aufständischen Polen in Oberschlesien — sollen etwa diese Erscheinungen den demokratischen Geist in Deutschland stärken können? Die Sieger von gestern, die mit Hilfe der ganzen Welt das ausgehungerte deutsche Volk schließlich niedergeworfen haben, haben es leicht, Machtpolitik zu treiben. (Sehr richtig!) Liegt es denn wirklich im Interesse der Welt, dem entwaffneten Deutschland mit ewigen Drohungen entgegenzutreten, die uns nicht zu ruhiger Arbeit und Leistungen kommen lassen? **Legt doch endlich die Flinten weg!** Briand spricht mit etwas feinem Spott von der „augenblicklichen Regierung in Deutschland". Er denkt dabei an die Kurzlebigkeit der deutschen Regierung. Es ist das Ziel aller wahren Patrioten bei uns, endlich eine Regierung zu bekommen, die sich auf eine breite politische Basis, eine Mehrheit stützen kann. Diese Regierung wird nicht geschaffen und nicht gefunden durch die Erörterung von politischen Fragen, sie wird nur entstehen durch eine sachliche Politik, die alle, die guten Willens sind, im Laufe der nächsten Wochen um ein sachliches Programm sammelt. Gewiß wird eine solche Regierung, die sich auf eine breite parlamentarische Basis stützen kann, auch ein politisches Ideal zu verfechten haben. Ich sehe dies Ideal in der **Verwirklichung der friedlichen Demokratie,** die dem deutschen Volk zunächst das Leben rettet, darüber hinaus aber auch den Aufbau des Vaterlandes und gleichzeitig der Weltwirtschaft in Gang bringen will. Will man in Frankreich und in England dasselbe Ziel — und das müßte eigentlich das Ziel aller derer sein, die die Welt einer neuen Wohlfahrt entgegenführen wollen. Dann hat man dort die Verpflichtung, **der demokratischen Idee bei der Entscheidung über Oberschlesien Rechnung zu tragen,** wo der Wille der Bevölkerung nach demokratischen Grundsätzen zum Ausdruck gekommen ist. **Oberschlesien wird der Prüfstein** dafür sein, **ob es den siegreichen Mächten wirklich ernst ist mit der Verwirklichung der Demokratie in Europa.** Das Schicksal der demokratischen Entwicklung liegt jetzt in der Hand dieser Staaten. Der Sieg irgendeines Diktators, sei es eines übertriebenen Militarismus in irgend einem Lande, sei es eines phantastischen Diktators in Oberschlesien, wird den Todeskeim in Europa für die Demokratie legen.

Die innere und äußere Politik

Deutschlands sind heute so eng verknüpft, wie nie zuvor. Durch die Annahme des Ultimatums ist uns die Freiheit im Innern erhalten worden. Aber ich will darüber jetzt mit niemandem streiten. Es fragt sich, wie wir die Freiheit, die wir haben, gebrauchen wollen. Die Richtschnur ist die Reichsverfassung, an deren Durchführung wir ehrlich arbeiten wollen. Eine solche Entwicklung ist nur möglich, wenn die Regierung jedem Versuch eines gewaltsamen Angriffes auf die Verfassung — komme er, woher er wolle — rechtzeitig entgegentritt. Das wird die Regierung tun. Sie wird sich dazu der Mittel bedienen, die ihr die Gesetze in die Hand geben. Von Ausnahmevorschriften wird sie absehen. In einigen deutschen Gebieten bestehen zurzeit noch Ausnahmevorschriften. **Der Ausnahmezustand in Groß-Hamburg wird im Einvernehmen mit den Hamburger Behörden sofort aufgehoben werden.** Die Reichsregierung beabsichtigt aber auch im übrigen den Ausnahmezustand, wo er besteht, möglichst schnell abzubauen. Sie ist darüber in Verhandlungen mit den Landesregierungen eingetreten.

Die

Ernährungslage

der deutschen Bevölkerung, von der letzten Endes die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft abhängt, hat sich während des letzten Wirtschaftsjahres etwas gebessert. Die der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Nahrungsmittelmengen haben sich auch in ihrer Beschaffenheit durch die gesteigerte Produktion und Einfuhr aus dem Auslande wesentlich gehoben. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß der schrittweise Abbau der Zwangswirtschaft vielfach zunächst eine Preissteigerung zur Folge hatte, die vorübergehend eine starke Belastung eines großen Teiles der Bevölkerung verlangt. Die Reichsregierung betrachtet es als ihre Aufgabe, mit allen Mitteln die landwirtschaftlichen Produkte zu heben, so rasch wie möglich ein günstiges Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot — das einzige Mittel zur wirksamen Bekämpfung des Schieberunwesens — herzustellen und eine Preissenkung zu erreichen. Die Förderung der heimischen Nahrungsmittelerzeugung ist um so dringender, als uns die Erfüllung des Ultimatums zwingen wird, einen

Abbau der bisherigen Zuschußwirtschaft des Reiches

in die Wege zu leiten. (Hört, hört!) Zweifellos wird diese Maßnahme dazu führen müssen, daß wir die Preise für Lebensmittel auf der einen, die Löhne und Gehälter auf der andern Seite in das richtige Verhältnis zueinander bringen.

Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte manchmal auch Stimmen aus dem Ausland gehört. Ja, sogar solchen Stimmen Vertrauen geschenkt. Dies Vertrauen ist leider schändlich betrogen worden. Trotzdem läßt das deutsche Volk die Hoffnung nicht sinken, daß in der Welt der Sinn für Recht und Gerechtigkeit, der in unserm Volke nie gelöscht ist, zu neuem Leben erwacht. (Adolf Hoffmann: Der Fuchs predigt den Gänsen! — Wer ist denn die Gans? — Heiterkeit und Zustimmung.) Man sollte endlich in der Welt mal einen Schritt weitergehen, nachdem das demokratische Deutschland durch die Annahme des Ultimatums ungeheure Lasten auf sich genommen hat, um endlich eine Entspannung der europäischen Lage und des europäischen Wiederaufbaues herbeizuführen. Wir erwarten, daß uns die Engländer und ihre Führer auch das geben, was man „fair chance" nennt. Sie sollten endlich einsehen, daß das deutsche Volk weiß, welchen schweren Gang es gehen wird. Diesen Weg sollten die Alliierten rechtlicherweise einem Volke erleichtern, das schon so Unmenschliches geleistet hat, wie das deutsche Volk. Die siegreichen Völker sollten doch nicht ohne weiteres den Gedanken von sich weisen, wie ihnen zumute wäre, wenn sie nach den ungeheuren Leistungen des Krieges den Weg gehen müßten, den das deutsche Volk gehen muß. Der Spott, als ob aller Optimismus falsch wäre, ist wirklich nicht am Platze. Welche wirtschaftlichen Gestaltungen und Reformen nötig sein werden, läßt sich noch nicht sagen. Die Reformen müssen mit zähem Fleiß allmählich durchgeführt werden. Sie können nicht damit beginnen, daß der nationale Sinn im deutschen Volke erstickt wird. **Die Unterdrückung irgend einer Nation hemmt die Geschichte der ganzen Welt und ihre Kultur und die großen Menschheitsgedanken. Die nationalen Gedanken in diesem ethischen Sinne können sich aber nur entwickeln auf einer demokratischen Basis, die sich loslöst von dem reinen Machtprinzip.**

Zum Schluß rufe ich Sie alle, ohne Unterschied der Parteien, auf, zur Unterstützung dieser unserer Bestrebungen. Bei der Auswahl des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau hat sich die Reichsregierung von jeder parteipolitischen Erwägung ferngehalten und ist nur dem Gedanken gefolgt, eine organisatorische Kraft zu finden, die sich während des Krieges bereits bewährt hat. Dr. Rathenau wird Gelegenheit haben, im Laufe der Debatte Ziel und Richtung seiner Arbeit zum Vortrag zu bringen. **Helfen Sie uns, den Bestand unseres Volkes nicht abhängig zu machen von einem kleinen Kreis von Schiebern und reichen Leuten, so daß wir zu einem unbedeutenden Ländchen Mitteleuropas herabsinken, sondern stärken Sie uns, so daß wir die großen finanziellen Leistungen vollbringen können, die wir übernommen haben.** Diese Bitte richte ich auch an diejenigen, die gegen die Annahme des Ultimatums waren; denn sie werden uns zuerkennen, daß wir uns für die Annahme aus der ehrlichen Ueberzeugung über das Wohl unseres Volkes entschieden haben. (Lebhafter Beifall.)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Anträge über die Erwerbslosenfürsorge, Besprechung der Regierungserklärung.

Schluß 6 Uhr.

Der Kampf um Oberschlesien.

Einstellung des englischen Vormarsches.

TU. Oppeln, 2. Juni. **Die Engländer waren gestern morgen noch nicht in Groß-Strelitz angekommen. Sie mußten am Morgen den Vormarsch einstweilen unterbrechen, da man sich innerhalb der Interalliierten Kommission über den Fortgang der Aktion nicht zu einigen vermochte. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den englischen und französischen Offizieren sollen sehr scharf zum Ausdruck gekommen sein. Im Prinzip hat man sich gestern auf die Schaffung einer neutralen Zone zwischen Deutschen und Polen geeinigt, wofür jedoch von englischer Seite die Bedingung gestellt und von den Franzosen schließlich angenommen wurde, daß der deutsche Selbstschutz die gegenwärtig von ihm besetzte Linie besetzt halten darf.**

Weitere polnische Angriffe.

Berlin, 1. Juni. Die Angriffstätigkeit der Polen verstärkt sich weiter auf der ganzen Linie. Bei Rosenberg wurden aktive Hallersoldaten gefangen genommen. Nach ihren Aussagen sind das 15. und 27. polnische Infanterie-Regiment in der dortigen Front eingegliedert worden. In Lublinitz haben neue Truppenausladungen von über die Grenze gekommenen polnischen Freiwilligen stattgefunden.

Der deutsche Selbstschutz ist keine Insurgententruppe.

Oppeln, 1. Juni. General Le Rond hat vor dem Zwölfer-Ausschuß der deutschen Parteien erklärt, daß der deutsche Selbstschutz nicht als Insurgententruppe zu bezeichnen sei und damit die Legalität des deutschen Selbstschutzes anerkannt. General Le Rond tat das mit der Bemerkung, daß der 12. Mai (der Tag der Konstituierung des deutschen Selbstschutzes) hinter dem 2. Mai, dem Beginn des polnischen Aufstandes liege.

Aufhebung der Sanktionen nach Abrüstung.

TU. Paris, 2. Juni. In hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß Frankreich die Aufhebung der April-Sanktionen vorschlagen wird, sobald Deutschland die für den 30. Juni geforderten Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt hat.

Geschmeiß.

Der „Lokal-Anzeiger" beginnt einen Artikel über die Mückenplage mit folgenden geschmackvollen Sätzen:

Alles Geschmeiß der Welt scheint sich auf Deutschlands Boden ein Stelldichein zu geben. Senegalesen, Polen, Galizier, gewöhnliche und Bisamratten, exotische Ameisen und neuerdings auch Mücken.

Das Hauptgeschmeiß ist in dieser Aufzählung vergessen: das deutschnationale Federvieh.

Lenins neuer Kurs.

Rußlands Notlage.

Auf einer Reise nach London war Krassin dieser Tage in Berlin. Ueber die Wirtschaftslage Rußlands machte er nach der „Voss. Ztg." einem Vertreter des kommunistischen Parteiblattes Mitteilungen, die in diesen Kreisen recht ernüchternd wirken müßten. Auf allen Gebieten stecke Sowjetrußland in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch den Uebergang von dem bisherigen Regime zu freieren Wirtschaftsformen bedingt sei. Die Naturalsteuer, die an Stelle der völligen Beschlagnahme der Ernteprodukte gesetzt wurde, funktioniert nach Krassins Darstellung „nicht vollständig", so daß „Zufuhrstockungen" eingetreten sind, und der freie Austausch von Industrie-Produkten gegen Lebensmittel habe „noch nicht" zu wesentlichen Ergebnissen geführt. Die in der Durchführung begriffene allgemeine „Vereinfachung des Lohnsystems" stoße auf den Widerstand mancher Arbeiterschichten, die eine andere Einstufung als die vorgesehene fordern.

Der englisch-russische Handelsvertrag habe die Versorgung Rußlands mit Industrie-Produkten nicht in nennenswertem Umfange erleichtern können, da die Zeit seiner Geltung mit dem Bergarbeiterstreik zusammenfalle. Wichtiger sei eine indirekte Wirkung, indem er der Vorläufer zu Wirtschaftsabkommen mit anderen Ländern gewesen sei, und es der Sowjet-Regierung ermöglicht habe, größere Lieferungen auf Grund langfristiger Kredite abzuschließen.

Krassin lobte dann die Qualität der von Deutschland gelieferten Waren, bedauerte aber, daß bei der zögernden Haltung der deutschen Regierung feste Abmachungen mit deutschen Kapitalistengruppen bisher kaum zustande gekommen wären. Im ganzen seien bisher in Deutschland für etwa drei Milliarden Mark Aufträge vergeben worden.

Aus Moskau wird berichtet, daß auf einer Konferenz der Kommunistischen Partei Lenin eine Rede gehalten habe, um die Heranziehung ausländischer Kapitalisten und die als Naturalsteuer aufgemachte Wiederherstellung der freien Getreidewirtschaft zu rechtfertigen. Besonders bemerkenswert war die Erklärung, man müsse beim Bauern das wirtschaftliche Interesse wecken. Zu diesem Zwecke müsse man auch die von der Bauernschaft benötigten Waren zu beschaffen suchen und deshalb die kleine und mittlere Industrie von ihren Fesseln befreien. Die Ausrüstung mit Maschinen und Werkzeugen müsse durch Verträge mit den Kapitalisten beschleunigt werden. Wie zu erwarten, werden alle die Maßnahmen, die jetzt getroffen werden sollen, um den Zusammenbruch des bolschewistischen Wirtschaftssystems hinauszuschieben, als bloße „Uebergangserscheinungen" bezeichnet.

Nach Revaler Nachrichten aus Sowjetrußland steht die Veröffentlichung einer Reihe von Dekreten über die Zurückgabe der Fabriken und Unternehmungen mit weniger als 300 Arbeitern an ihre Besitzer bevor. Die Einnahmen sollen durch den Staat kontrolliert werden. Ferner wird beabsichtigt, alle örtlichen Verwaltungsbehörden dem Volkskommissariat des Innern und alle Organisationen der außerordentlichen Kommission dem Obersten Tribunal zu unterstellen.

Die langfristigen Erwerbslosen.

Im Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages standen am Dienstag verschiedene Anträge über die Erwerbslosenfürsorge auf der Tagesordnung. Da ein Antrag Dißmann (U. Soz.), der einen Regierungsbericht über die Lage in den verschiedenen Industriegebieten fordert, vom Ausschuß angenommen wurde, mußte die Abstimmung über die generellen Fragen der Erwerbslosenfürsorge zunächst ausgesetzt werden, um der Regierung Gelegenheit zu geben, eine allgemeine Darlegung der nächsten Wirtschaftsaussichten vor der Beschlußfassung über die Regelung der Arbeitslosenfürsorge dem Ausschuß vorzulegen. Zur Abstimmung gelangte ein als besonders dringlich anerkannter Antrag auf Unterstützung sehr langfristiger, d. h. mehr als 26 Wochen Erwerbsloser, wonach den Gemeinden eine besondere geldliche Beihilfe gewährt werden soll, die es ihnen ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen und deren Angehörigen vorzunehmen. Ferner sollen die langfristig Erwerbslosen bei den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders berücksichtigt werden und die Zuschüsse für die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bei langfristigen Erwerbslosen höher bemessen sei, als bei anderen Erwerbslosen. Den Erwerbslosen soll die Unterstützung auch über die Frist von 26 Wochen in allen Fällen fortgewährt werden, in denen es nach Lage des Arbeitsmarktes zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist. Dieser fast einmütig unterstützte Antrag wurde vom Ausschuß angenommen.

Der 1917 vereitelte Frieden.

Von Philipp Scheidemann.

Auf den Seiten 9/10 meiner Schrift: „Papst, Kaiser und Sozialdemokratie" ist zu lesen:

Am 12. Juli 1917 hatte unser Wiener Botschafter von Wedel ein Telegramm an das Auswärtige Amt geschickt, in dem er Mitteilungen über die Friedenspropaganda machte, die von Wien aus betrieben würde. Der Kaiser las das Telegramm, machte verschiedene Randbemerkungen dazu und schrieb darunter einige Zeilen, aus denen hervorgeht, daß ihm der Generaloberst von Plessen ein anonymes (!) Schreiben folgendes Inhalts übermittelt hatte:

Schon seit Mitte des Krieges befürchten ganz offen vatikanische Kreise den Sturz des Vatikans durch eine italienische Revolution beim Zusammenbruch Englands. England wird jetzt in seiner Todesangst den Vatikan in seiner Annahme sehr bestärkt haben und als letztes Mittel zur Rettung einen Druck auf Deutschland wegen eines schleunigen Friedens dringend angeraten haben. Ein sicheres Zeichen, wie schlimm es mit England steht. Hoffentlich weiß die Regierung bei uns, woher der Wind von England weht, und was er bezweckt.

Gegenüber dem „Elsässer Kurier", der sich mit derselben Angelegenheit beschäftigt und dabei sagt, daß der „Hofgeneral v. Plessen" dem Monarchen das anonyme Schreiben zugestellt habe, veröffentlicht der Generaloberst v. Plessen in der „Kreuzzeitung" eine Erklärung, in der es heißt:

„Ich habe mit der Behandlung des seinerzeit päpstlichen Friedensangebotes durch den Nuntius Paccelli nie das Geringste zu tun gehabt. **Ein anonymes Schreiben habe ich niemals der Beachtung gewürdigt, am allerwenigsten es Seiner Majestät dem Kaiser unterbreitet!** Ich war diensttuender Generaladjutant und 1. Kommandant des Großen Hauptquartiers; einen „Hofgeneral" hat es in Preußen niemals gegeben."

Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der Generaloberst v. Plessen gegen meine Schrift kein Wort sagt. Trotzdem erscheint es mir angebracht, auf die Sache zurückzukommen, weil ich mich in meiner Schrift der größten Zurückhaltung befleißigt und nicht alle Einzelheiten berichtet habe, solange ich der Meinung sein durfte, durch eine summarische Darstellung meinen Zweck zu erreichen. Mein Zweck war und ist der, dem deutschen Volke zu zeigen, wie es im Kriege von den verschiedensten Würdenträgern belogen und — wie ich überzeugt bin — dadurch auch um einen Frieden der Verständigung gebracht worden ist.

Ich lasse hier das ganze Kapitel, in dem Herr v. Plessen vom Kaiser selbst genannt wird, folgen. Die Randbemerkungen stammen von der Hand des Exkaisers Wilhelm.

12. 7. 17. Botschafter Wedel-Wien an das Auswärtige Amt. Eingegangen Berlin am selben Tage.

12. 7. 17., 12 Uhr nachts W. Den Verdacht haben wir schon lange. J. Maj. Von beachtenswerter, in der Regel gut orientierter Seite wird mir folgendes mitgeteilt. In der Schweiz sei eine Propaganda eingeleitet, daß Wien den Frieden vermitteln solle. Die Propaganda werde von hoher Stelle begünstigt. Frankreich sei einverstanden. Verlange aber, daß Wien erst Ordnung im eigenen Hause mache und österreichische Völker befriedige, um selbst friedensreif zu sein. Daraus erkläre sich der Amnestie-Erlaß und die Eile Kaiser Karls, ein Ministerium zu finden, daß die Neuordnung im Sinne nationaler Autonomie durchführt. Die Aktion liege in den Händen der Geistlichkeit, was durch das Friedensbedürfnis des Vatikans zu erklären sei. Das Zentrum liege in der Schweiz, von wo aus die Fäden nach Wien und Paris gesponnen würden. Der Abgeordnete Erzberger habe mit Schweizer Zentrum Fühlung. Sein Vorstoß stelle eine Parallelaktion dar, um Deutschland innerlich friedensreif zu gestalten. Graf Czernin steht der Sache fern. Um seinen Widerstand zu vermeiden, wurde ihm der Amnestie-Erlaß verheimlicht. Er wird auch sonst, wie mir von sicherer Seite bestätigt wird, seit kurzer Zeit durch unverantwortliche Ratgeber in auffallender Weise in den Hintergrund geschoben. Wedel.

Also war unsere Ahnung richtig!

Der Hund!

Halunke!

Natürlich auch andere.

J. M. nebst Beichtvater.

Weiter bemerkt Wilhelm II:

Nach einer **Geheimmeldung ohne Unterschrift aus Westfalen an Exzellenz v. Plessen für mich** hat Lloyd George heimlich eine Bitte an den Vatikan gelangen lassen, einen **Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen mit den Mittelmächten** zu vermitteln. Derselbe wird einen dahin lautenden Vorschlag durch den Nuntius an uns unterbreiten. Als Vorbereitung dazu ist der Vorstoß Erzbergers anzusehen, der ihm den Boden hier vorbereiten sollte, gleichwie in Oesterreich schon innere Maßnahmen zustande kommen auf Wunsch von Frankreich und England.

Der Kaiser hat also selbst festgestellt, daß v. Plessen das für den Kaiser bestimmte anonyme Schreiben erhalten und ihm auch übermittelt hat. Aus dem jetzt folgenden Briefe geht hervor, daß v. Plessen sich zur Uebermittlung an den Kaiser des ehemaligen Unterstaatssekretärs Zimmermann bedient.

Potsdam, den 12. Juli 1917.

Ew. Exzellenz darf ich den anliegenden anonymen Brief ganz ergebenst übersenden. Er ist interessant.

Mit bestem Gruß

Euer Exzellenz ganz ergebener Plessen.

Zweierlei ist nur möglich: Entweder hat Herr v. Plessen ein schlechtes Gedächtnis, oder der ehemalige Kaiser hat ihn in seiner handschriftlichen Anmerkung zu Unrecht genannt, weil irgendein Fälscher Plessens Namen mißbraucht hat. Ich bin geneigt, die Vergeßlichkeit des Generalobersten v. Plessen als das wahrscheinlichere anzunehmen, denn andernfalls müßte ja ein ganz gewissenloser Urkundenfälscher das Recht gehabt haben, direkt mit dem Kaiser zu verkehren und ihn zu belügen. Für ausgeschlossen halte ich das freilich auch nicht.

Aber auch in diesem Falle ist es doch sehr unwahrscheinlich, daß der Kaiser mit v. Plessen, der zu seiner unmittelbaren Umgebung gehörte, über das anonyme Schreiben nicht gesprochen haben sollte.

Vollkommene Klarheit über die Rollen, die die Heren Zimmermann, v. Kühlmann, v. Plessen und andere in jener kritischen Zeit gespielt haben, muß die Untersuchung ergeben, von der ich wünsche, daß sie endlich einmal zum Abschluß gebracht wird.

Volkswirtschaft.

Die „rote Zone" in Nordfrankreich.

Während des Krieges war das zerstörte Gebiet in Nordfrankreich das „Niemandland". Dort hatte der Krieg gehaust, moderne Heere mit den höchst entwickelten Zerstörungsmitteln ihrer Kriegstechnik standen sich gegenüber. Kein Haus steht mehr unversehrt dort, Dörfer sind verschwunden, das Landschaftsbild ist derart zerstört und verändert, daß seine Heimat nicht derjenige finden würde, der dort geboren ist. Das ist das Niemandland.

Auch darüber haben wir Berichte erhalten: Deutsche Arbeiterführer sind nach Beendigung des Krieges im Auftrage unserer damaligen Regierung durch diese Wiederaufbaugebiete gefahren und haben den Bericht ebenfalls nach Hause gebracht, daß der Anblick dieser Kampfstätten furchtbar ist. Und zugleich kam ebenfalls übereinstimmend zum Ausdruck, daß deutsche Arbeiter ihr Land nicht so lange in diesem Zustand gelassen hätten. Keine Energie war ersichtlich, selbst die Hand ans Werk zu legen und auf eigener Kraft sich wieder einzurichten. Die Stätten blieben verfallen, und wo Menschen sich wieder ansiedelten, führten sie das Leben von Höhlenbewohnern. Kein großzügiger Plan im Aufbau, keine durchgreifende Unternehmerarbeit, die Wüste wieder in ein menschenwürdig bewohnbares Land zu machen. Die Wiederaufbauarbeit ging so langsam vor sich, gehemmt und gelähmt durch mancherlei Maßnahmen, daß man die Ziele einer bestimmten Politik annehmen darf. Es war agitatorisch und um der französischen nationalistischen Politik viel wirksamer, für die Neugierde und Sensationslust reicher Amerikaner hier „Sehenswürdigkeiten" mit bewußter Stimmungsmache gegen Deutschland zu zeigen.

Aber auf die Dauer kann man auch das französische Volk damit nicht befriedigen. Die Bewohner Nordfrankreichs müssen wieder wirklich wohnen und leben könen, und so hat sich Briand zu einer Aenderung seiner Politik veranlaßt gesehen. Die Bekanntgabe der Zulassung deutscher Arbeitskräfte hat ihm in der Kammer bezeichnenderweise „Beifall von links" eingetragen. In der Zielrichtung dieser Politik liegt freilich auch für Frankreich nicht die Verwirklichung nationalistischer Bestrebung, sondern ernste und wirksame Vorarbeit für die Versöhnung der Völker.

Deutsche Sachverständige sind nun wieder nach Nordfrankreich abgereist. Deutsche Technik und deutsche Arbeit wird sich dort betätigen und die Dinge wirken sich aus, wie es die Not der Zeit verlangt. Die „rote Zone" aber wird für die Zukunft nicht mehr dazu dienen können, um zu zeigen, wie grausam und furchtbar der moderne Krieg ist, sondern die Stätten fleißiger Arbeit werden den Ausblick geben können, daß auch diese schlimme Zeit in ihren Wirkungen auf die Völker und Völkerbeziehungen untereinander überwunden werden kann, wenn die Vernunft sich durchsetzt.

Als einen Schritt weiter auf dem Wege zur Vernunft aber können wir dieses Ereignis betrachten, daß in absehbarer Zeit deutsche Arbeiter in die „rote Zone" einziehen, um in friedlicher Arbeit gemeinsam mit dem französischen Volke das aufbauen zu helfen, was der unselige Krieg zerstört hat.

Stinnes in der Schweiz. Das „Schweizerische Handelsamtsblatt" veröffentlicht soeben die Gründung der Promontang-A.-G. mit Sitz in Zug. Zwecke dieser zum Stinneskonzern gehörenden neuen Gesellschaft sind: a) Versorgung von industriellen Werken mit Rohstoffen; b) Handel mit Bergbau- und Hüttenerzeugnissen sowie mit Industrieerzeugnissen überhaupt; c) Beteiligung an Unternehmen, die Bergbau und Hüttenprodukte erzeugen, verarbeiten und vertreiben; d) alle mit den vorstehend bezeichneten Gesellschaftszwecken direkt oder indirekt verbundenen Geschäfte. Das Grundkapital beträgt zunächst 500 000 Fr.

Oberschlesien und das ausländische Kapital. Das „Allgemeen Handelsblad" in Amsterdam brachte in seiner Abendausgabe vom 17. d. Mts. unter obiger Ueberschrift folgende Meldung: „Das holländisch-amerikanische Konsortium, das sich mit dem Projekt der Ausbeutung der bisher unerschlossenen Steinkohlenfelder bei Rybnik in Oberschlesien beschäftigt, hat das Projekt fallen gelassen und sich aufgelöst, nachdem feststeht, daß Rybnik an Polen fallen wird. Das Konsortium glaubt nicht, daß es unter polnischem Regime und bei den schlechten valutarischen Verhältnissen Polens die großen, für die Erschließung der Kohlenfelder erforderlichen Summen ohne Gefahr investieren kann."

Ueber eine Milliarde Mark Umsatz bei Orenstein u. Koppel. Der faktuierte Umsatz des Jahres 1920 beläuft sich auf 1 000 101 831 Mark. Der auf den 29. Juni d. Js. einzuberufenden G.-V. wird die Verteilung einer Dividende von 16 Proz. und einer Sondervergütung von 150 Mk. auf je nominell 1000 Mk. von 60 Mill. Aktienkapital (i. V. 16 Proz. Dividende auf 45 Mill. Mark Aktienkapital) sowie eine Zuweisung an die Benno-Orenstein-Stiftung in Höhe von 2 839 812 (154 007) Mk. vorgeschlagen. Die Abschreibungen auf Anlagekonti belaufen sich per 31. 12. 20 auf 3 780 106 (i. V. 1 585 787) Mark. Der Gewinnvortrag beträgt 2 480 188 (2 476 000) Mark.

Lohnkürzungen in England. Der Vorschlag einer Lohnkürzung um 30 16 v. H. der gegenwärtigen Löhne bildete, wie die „K. Ztg." schreibt, vor kurzem den Gegenstand gemeinsamer Besprechungen zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der englischen Baumwollenindustrie. Es kam nicht zu einer Einigung, da die Maßnahme der Arbeitgeberverbände von den Arbeitervertretern als verfrüht bezeichnet wurde. Auch in der Wollindustrie ist eine Lohnkürzung vorgeschlagen worden, und zwar um 10 v. H. der Grundlöhne, nachdem die Inderziffer für den Lebensunterhalt von 135 auf 90 gesunken sei. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, und auch die Arbeitervertreter glauben, daß es noch zu einem Vergleich kommen wird.

Erhöhung der polnischen Eisenbahntarife um 200 Prozent. Der Eisenbahnminister hat bei dem Ministerrat die Erhöhung des Eisenbahntarifs um 200 Prozent beantragt.

Die Reise der britischen Handelskommission nach Sowjetrußland. Die offizielle britische Handelskommission, die sich in den nächsten Tagen nach Moskau begeben wird, wird, nach der „Times", aus etwa 20 Personen bestehen. Die erste Aufgabe der Kommission wird sein, mit den Sowjetbehörden Fühlung zu nehmen. Vielleicht begeben sich von Moskau aus einige Vertreter der Kommission nach Petersburg und Archangelsk, um den Handel in jeder möglichen Richtung zu fördern. Anscheinend soll die Ukraine, Südrußland und vielleicht auch der Kaukasus aufgesucht werden.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 1. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		1. Juni.	31. Mai
Holland	100 fl.	2177.50	2177.50
Kopenhagen	100 Kr.	1127.50	1117.50
Stockholm	100 Kr.	1452.50	1447.50
Kristiania	100 Kr.	967.50	967.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	128.—	128.50
Schweiz	100 Frs.	1107.50	1107.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	15.50	15.50
Budapest	100 K.	27.25	26.87
Prag	100 K.	92.50	91.75
Spanien	100 Pesetas	827.50	825.—
London	1 £	246.25	245.—
Paris	100 Frs.	530.—	524.—
Belgien	100 Frs.	531.—	524.—
Italien	100 Lire	336.—	334.50
Bukarest	100 Lei	105.—	104.50
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	63.37	63.50
do. briefl. Ausz. od. Scheck		63.25	63.25

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 2. Juni 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Fahrzeit Std.
D.		Expreß	Davidsen	Korsör		14
D.		Kanal 2	Petersen	Gothenburg	2	

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Das
führende Kaufhaus Lübecks
lenkt wieder mal die Aufmerksamkeit aller auf sich!

Die Rudolph-Karstadt-Aktiengesellschaft, der größte Kaufhäuserkonzern Deutschlands, beschäftigt zur Herstellung seiner Verkaufswaren z. Teil

eigene Fabriken, Webereien, Spinnereien usw.

und kann daher seinen Kunden alle nur erdenklichen Vorteile bieten.

Um so groß **zu werden**
bedurfte es großer Leistungen.

Um so groß **zu bleiben**
müssen wir immer Größeres leisten.

Darum

soll die „Sparwoche" unseren Ruf und Namen als führendes Kaufhaus weiter festigen. In der

„Sparwoche"

bieten wir in allen Abteilungen unseres Hauses große Mengen erstklassiger Qualitätswaren zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.

Beachten Sie
unsere kommenden Inserate.

Wer jetzt kauft spart Geld!

Von der Reise zurück
B. Baumgart
Dentist. 2547
(Staatlich geprüft).

Zurückgekehrt
Willy Koch
Dentist (2563
staatl. geprüft.

Salzheringe
in jeder Preislage
Anchovis — Rollmops
Fischkonserven aller Art
billigst. (2537
Fischversandhaus „Möve"
Gr. Burgstr. 6.
Wiederverk. Engros-Preise.

Ehlers & Reetwisch
Das bekannt reelle Einkaufshaus
Ecke Holstenstr. St. Petri 2—4.
Herren- und Damenkonfektion
Reelle Schuhwaren (2559
Manufaktur — Seide
Betten — Aussteuer
Berufskleidung
für jedes Gewerbe.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (2536
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10
Mgl. d. R.-Spar. Cuberg

Der Puppendoktor
heilt jede kranke Puppe.
2539) E. Hertel, Röxstr. 74

Preiswerte Zigarren!

Saadango	St. 70 ₰	100 St. 60 M.
Schneiderlein	St. 90 ₰	100 St. 80 M.
Digi vorzügliche Qualität	St. 1 M	100 St. 90 M.
Pikant altbeliebte Marke		St. 1 M.
Bremer Riesen		St. 1.20 M.

Zigarrenhaus Burgtor
Gr. Burgstr. 7. (2539) Fernsp. 1049.

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

2540

Beilage zu Nr. 126
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 2. Juni 1921

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 2. Juni.

Kommunistische Sittenwächter.

Die „Hamburger Volkszeitung" bringt einen Artikel aus Lübeck, der sich mit den Ueberstunden auf der Lübecker Maschinenbaugesellschaft beschäftigt und nebenbei die üblichen Anwürfe gegen die Sozialdemokratie enthält. Auf die blöde Anrempelung brauchen wir nicht weiter einzugehen, denn sie bildet nur den Rahmen zur Empfehlung der einzig wahren Moskaulehre. Zu den Vorwürfen gegen die S.-P.-D.-Leute auf der Maschinenbaugesellschaft selbst wird uns von maßgebender Seite geschrieben:

Die S.P.D. durchbricht den Achtstundentag! Unter dieser Stichmarke wird in der Hamburger Volkszeitung den S.P.D.-Mitgliedern des Betriebsrates der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft der Vorwurf gemacht, daß sie ihre Zustimmung zur Leistung von Ueberstunden gegeben und damit das Heer der Erwerbslosen noch vermehrt hätten. Während die K.P.D. verlangt hätten, daß die zweite und dritte Schicht eingeführt würde. Daß die „Gewerkschaftsbureaukratie" auch ihr Teil abbekommt, versteht sich bei den Kommunisten von selber. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders: Um die jetzt auf der L. M. G. beschäftigten Leute halten zu können, war es notwendig, daß zunächst wenigstens ein Schiff zu Wasser kam. Um dieses zu ermöglichen, konnte man nicht ohne Ueberstunden auskommen und zwar deswegen nicht, weil zunächst einmal arbeitslose Schiffszimmerleute die dringend gebraucht wurden, überhaupt nicht vorhanden waren. Die Zahl der Schiffsschlosser wurde von 80 auf 150 erhöht. Auch hier ging es nicht wegen Raummangels, die zweite oder gar dritte Schicht einzuführen, so daß ca. 40 Mann zur Ueberstundenarbeit herangezogen werden mußten. Hierbei ist aber zu beachten, daß strenge darauf gehalten wird, daß sämtliche Ueberstunden wieder abgefeiert werden. Nachdem zunächst die Schiffszimmerleute die Leistung von Ueberstunden verweigert hatten und dadurch die Gefahr bestand, daß ca. 200 Arbeiter arbeitslos wurden, setzten sich sogar die Führer der K.P.D., Burmeister und Nickel dafür ein, daß die Schiffszimmerleute unter diesen Umständen die Ueberstunden machten und wurde dem Betriebsrat durch den Kommunisten Burmeister mitgeteilt, daß jetzt beschlossen sei, in Zukunft die Ueberstunden, sofern sie von der Betriebsleitung angeordnet würden, zu leisten.

Die Sache sieht also ganz anders aus, als wie sie in der „Hamburger Volkszeitung" dargestellt wird. Es ist auch durch die Leistung der Ueberstunden nicht etwa das Heer der Erwerbslosen vermehrt, sondern wie einwandfrei festgestellt ist, sind seit dem 1. April ca. 160 Erwerbslose auf der L.M.G. eingestellt worden.

Darin stimmen wir mit dem Artikel-Schreiber überein, daß die Arbeiterschaft durch revolutionäre Phrasen ihre Lage niemals verbessern kann. Auf welcher Seite allerdings mit leeren Phrasen gearbeitet wird, können wir ruhig der Beurteilung unserer Leser überlassen. Auch darin sind wir uns einig, daß die Einheitsfront der Arbeiter wieder hergestellt werden muß, das kann aber niemals dadurch geschehen, daß lügenhafte Artikel in die Zeitung lanziert werden, wodurch von vornherein ein Zusammenarbeiten der S.P.D. und K.P.D. unmöglich gemacht wird.

Soweit dieser Bericht, der die Verlegenheit der Kommunisten aufs krasseste beweist. Wir haben den Kraftmeiern aber noch einen andern Spiegel vorzuweisen, der die Gaukelpolitik der Kommunisten in nicht minder schönem Glanze wiedergibt und zugleich zeigt, daß die Berichte der kommunistischen Schreiber nach demselben Schema verfaßt werden. Auch in der Hamburger Volkszeitung wird das Klagelied gegen die verhaßten S.-P.-D.-Arbeitsbrüder angestimmt und behauptet, daß die Sozialdemokraten schuld an dem aggressivem Vorgehen der Werftgewaltigen hätten. Wörtlich heißt es dort:

„Seit Wiedereröffnung der Werften betreiben die Unternehmer planmäßig die Verlängerung der Arbeitszeit durch Ueberstundenarbeit. Die Unternehmer fühlen sich zu diesem Vorgehen jetzt stark genug, weil die Elite der Werftarbeiter auf der Strecke geblieben ist. Solange die jetzt Gemaßregelten im Betriebe waren, hatten die Unternehmer dies nicht wagen dürfen, weil sie wußten, daß nicht nur diese Kollegen die Ueberstunden verweigert hätten, sondern daß auch ihr Einfluß auf die übrigen Arbeiter stark genug war, unnötige Ueberstundenarbeit überhaupt zu verhindern."

Dann geht das Geschimpfe auf die Betriebsräte der SPD. und USP. los. Auf diese kommunistischen Verleumdungen hin antwortet nun ein gemaßregelter Werftarbeiter mit folgenden Tatsachen, die überall weiteste Beachtung verdienen:

„Es ist am besten, wenn man Zahlen reden läßt, die beweisen, was für einen „Respekt" der Unternehmer vor den kommunistischen Betriebsräten hatte und wie sie das Erwerbslosenproblem zu lösen verstanden. Solange die SPD.- und USPD.-Betriebsräte im Jahre 1920 die Mehrheit auf einer großen Werft hatten, sind in drei Monaten 2852 Ueberstunden gemacht worden. Die Genossen waren aber nicht revolutionär genug und die Belegschaft wählte eine kommunistische Mehrheit. **Unter dieser kommunistischen Herrschaft sind in drei Monaten 19 498 Ueberstunden gemacht worden.** Dasselbe Schauspiel sieht man auch auf andern Werften mit kommunistischer Mehrheit. Nicht die SPD.- und USPD.-Betriebsräte sind es, die für Ueberstunden sorgten, sondern die kommunistische Elite, die die Kollegen gezwungen haben, Ueberstunden zu machen. Es ist oft vorgekommen, daß sich die Kollegen auf den Tarif stützten und erklärten, die Ueberstunden seien nicht notwendig. Da erklärte der **kommunistische Betriebsrat, die Ueberstunden seien von ihm genehmigt und müßten gemacht werden.** Wollten die gewerkschaftlich geschulten Kollegen ihre Arbeit nicht verlieren, mußten sie trotz ihres Protestes die nicht notwendigen Ueberstunden machen.

Bei der nach dem 23. März erfolgten Betriebsratswahl hatte die freigewerkschaftliche Liste eine Mehrheit erreicht. Diese Kollegen stellten **grauenhafte Mißstände im Ueberstundenwesen** fest, die durch die kommunistische Betriebsräteherrschaft verursacht war. Sie sahen sich deshalb gezwungen, da die Direktion auf ihre Vorschläge nicht einging, die Gewerbeinspektion anzurufen, um wieder geordnete Zustände herbeizuführen. Die bisherigen Zustände hatte die Direktion gern gesehen. Aber **den jetzt freigewerkschaftlich gewählten Vertretern setzt die Direktion den stärksten Widerstand entgegen** und beantwortet jede Maßnahme, welche zur Beseitigung der kommunistischen Ueberstunden-Mißwirtschaft führt, mit Gegenmaßnahmen. Ja, sie hat sogar die **Vergünstigungen, welche sie dem kommunistischen Betriebsrat gewährte, dem freigewerkschaftlich gewählten Betriebsrat entzogen.** Festgestellt sei noch, daß es gerade die Kommunisten sind, die sich weigern, Ueberstunden abzufeiern. Antworten bekommt man von ihnen, woraus man deutlich erkennen kann, daß unter dem Knallrot bereits das Zitronengelb wieder stark zum Vorschein kommt."

Aus all dem Angeführten sieht man wieder einmal, welche Sorte von Proletariern unter den Kommunisten zu Hause sind.

Maßregelung auf dem Travewerk.

Mit welchen Mitteln das Unternehmertum, besonders die Werftbesitzer versuchen, unbequeme Leute los zu werden, mag folgender Fall beweisen: Am Sonnabend, dem 28. d. Mts. sollte eine Branchenversammlung der Schiffbauer des Travewerks stattfinden. Da aber an dem Abend des gleichen Tages der Kommers der Arbeiter-Sport-Vereine stattfand, ersuchten die betreffenden Kollegen, den Arbeiterrat, einen Anschlag zu erlassen, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Versammlung ausfallen müsse. Der Obmann des Arbeiterrats, Kollege Klann, kam diesem Wunsche nach, indem er folgenden Aufruf an die hierfür vorgesehene Tafel anschlug: „Die Branchenversammlung für Schiffbauer fällt am Sonnabend aus. Arbeiter erscheint am Sonntag zur Demonstration. Nieder mit den bürgerlichen Vereinen. Arbeiter, heraus aus den bürgerlichen Vereinen. Der Arbeiterrat." — An diesem Aufruf hatten die Angestellten des Travewerkes Anstoß genommen und ein Schreiben an die Betriebsleitung gerichtet, in dem die Entlassung des Kollegen Klann gefordert wurde. Die Direktion kam diesem Wunsche sofort nach und entließ den Kollegen Klann. Angeblich auf Grund des § 123 der Gewerbeordnung. Der Kollege Klann erhob gegen seine Entlassung sofort Einspruch. Als er hiermit nicht durchkam, verlangte er, daß sofort eine Sitzung des Arbeiterrates stattfinden solle, damit er wenigstens bis zur gerichtlichen Entscheidung seine Geschäfte dem stellvertretenden Obmanne übergeben könne. Dieses Verlangen wurde strikte abgelehnt, weil man nicht wollte, daß der betreffende Kollege noch einmal mit der Belegschaft zusammenkommen sollte. Ja, man gab ihm nicht einmal Gelegenheit, daß er die ihm anvertrauten Gelder, sowie die Bestände der Kantine ordnungsmäßig an seinen Nachfolger übergeben konnte, und zwar mit der Begründung, wenn er die Abrechnung herstellen wolle, so könne er dies nach Feierabend oder am Sonntag machen. Dieses Verlangen wurde natürlich abgelehnt. Die Arbeiterschaft verlangte hierauf, daß am Montag morgen sofort eine Betriebsversammlung in der Arbeitszeit stattfinden sollte. Auch dieses wurde abgelehnt. Am Montag abend fand nun eine Betriebsversammlung des Travewerkes statt, in der zu der Angelegenheit Stellung genommen wurde. Einstimmig hat die Arbeiterschaft das Vorgehen der Betriebsleitung verurteilt und sich geschlossen hinter ihren Betriebsrat gestellt. In der betreffenden Versammlung waren auch die Angestellten vertreten, die in ihrer Mehrzahl leider noch den bürgerlichen Vereinen angehören. Bezeichnend ist es ja, daß sie es ablehnen, den Brief bekannt zu geben, den sie an die Direktion geschrieben haben. Dieses Verhalten wurde von der Arbeiterschaft gebührend gewürdigt. Die Arbeiter erklärten in der betreffenden Versammlung, daß sie zunächst den Ausgang des gerichtlichen Verfahrens abwarten wolle, bevor sie weitere Schritte in dieser Angelegenheit unternehmen. Aus diesem ganzen Vorgang können die Arbeiter ersehen, daß es notwendig ist, daß sie einig und geschlossen zusammenstehen müssen, wenn sie dem Unternehmertum gegenüber gerüstet sein wollen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Lüblsch-nordische Ausstellung der Stadtbibliothek zu Lübeck.

Lübeck spielte schon in der frühesten Druckergeschichte eine nicht unerhebliche Rolle und vielfache Beziehungen verknüpfen schon in der Frühzeit des Buchdruckes Lübeck mit den nordischen Ländern. Die bibliothekarische Fachwissenschaft, unterstützt von lübischen und nordischen Forschern, unter denen Collijn-Stockholm und Lange-Kopenhagen eine namhafte Rolle spielen, hat interessante lübisch-nordische Wechselbeziehungen auch in der Zeit der Wiegendrucke aufgedeckt, von denen die wertvollen Schätze der Bibliothek des lübeckischen Staates Zeugnis ablegen. Johann Snell, aus deren Druckerei in der Ausstellung Stücke ausgestellt werden, druckte seit dem Jahre 1480 in Lübeck, 1482 im dänischen Odense und 1483 in Stockholm, wohin er nach Collijns Ansicht berufen wurde, um das erste schwedische Missale für Upsala zu drucken. Der aus Magdeburg gebürtige Lübecker Drucker Bartholomäus Ghotan, der bereits für das Jahr 1484 als Lübecker Drucker auftritt, ist durch zwei Stockholmer Urkunden von 1486—1487 auch als schwedischer Drucker nachgewiesen. Aus Stockholm zurückgekehrt, hat er von 1488 ab seine Tätigkeit wieder in Lübeck ausgeübt, bis ihn Iwan II. nach Rußland berufen haben soll, um in Moskau eine Druckerei einzurichten. Matthäus Brandis, der Bruder des Lukas Brandis, des Druckers des gleichfalls auszustellenden berühmten Rudimentum novitiorum vom Jahre 1475 und des kostbaren Psalteriums vom Jahre 1473 oder 1475, begann seine Tätigkeit im Jahre 1485 in Lübeck, ist für 1504 in Eibe, 1510 und 1512 in Kopenhagen als Drucker nachgewiesen. Neben diesen Frühdruckern, deren Druckerzeugnisse die lebhaften Beziehungen Lübecks zu den nordischen Ländern schon für die Druckergeschichte des 15. Jahrhunderts bekunden, wird in der Ausstellung der Lübecker Wiegendrucke vor allem auch Steffens Arndes, der Drucker des an trefflichen Holzschnitten reichen wertvollen Bibeldruckes von 1494, vertreten sein.

Auf dem lebendigen Hintergrunde der Geistesgeschichte des Buches wird die Ausstellung auf dem Chor der Katharinenkirche das alte Buch in seiner äußeren Gestalt als Handschrift oder Druckwerk dem Besucher vor Augen führen. Ausgehend von kostbaren Handschriften, unter denen lübische Chroniken, besonders die mit reichen Gold-Initialen ausgestattete Detmarsche Chronik, in erster Linie genannt seien, wird der Beschauer die Entwicklung des Buches, die Buchausstattung, die graphische Kunst, die Flächengestaltung, den Bilderschmuck verfolgen können. In der Ausgestaltung des Buches spielen das 15. und 16. Jahrhundert eine besonders wichtige Rolle. Die Ausstellung der lübeckischen Stadtbibliothek wird darum diesen Frühtagen des Buchdruckes, in denen, wie wir sahen, die buchtechnischen Verbindungen zwischen Druckern und den nordischen Ländern bereits eine lebhafte Rolle spielten, einen bedeutenden Platz einräumen. Die Zahl der in Lübeck in der Wiegenzeit des Buchdruckes in Niederdeutscher Sprache gedruckten Bücher überragt diejenige der anderen Städte um ein Mehrfaches. Die Buchausstellung der Nordischen Woche wird Gelegenheit geben, die für die Entwicklung des niederdeutschen Buches bedeutsamen kostbaren Zeugen, die sich im Besitze der just 800 Jahre alten lübeckischen Stadtbibliothek befinden, im Original zu sehen, sie wird damit zugleich den weitesten Kreisen der Freunde der niederdeutschen Sprache jene Schätze zeigen, welche die Begeisterung aller Besucher der Pfingstausstellung dieses Jahres anläßlich der Tagung des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung und des hansischen Geschichtsvereins weckte.

Je nach Größe des für die Ausstellung zur Verfügung zu stellenden Raumes werden aus der Zeit nach dem 16. Jahr-

---

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie begriff nicht, wie er so weiter leben konnte, aber sie begriff sich auch selber nicht. Anfangs glaubte sie, es sei ihr eigenes Schuldbewußtsein, unter dem sie verblutete, das ihr jeden Mut zum Handeln nahm. Dann fühlte sie immer stärker, daß sie über Gustav Bender nicht hinwegkam, daß sie eine haßerfüllte Liebe zu ihm nicht aus ihrem Herzen herausreißen konnte. Wenn das Kind nicht gewesen wäre, sie würde zu ihm hingelaufen sein und die letzte Scham und die letzte Selbstverachtung von sich geworfen haben. Die Vorstellung, sich vor ihm zu erniedrigen, tat ihr fast wohl.

Aber das Kind war schließlich noch stärker als alles und gab ihr eine ferne, schwache Hoffnung auf etwas, was sie einstweilen noch nicht zu duten wußte. Undlangsam kämpfte sie sich zu der Ueberzeugung durch, daß sie allein leben mußte mit ihrem Kinde, ohne die beiden Männer, wenn auch alles noch so schwer für sie sein würde. In ihren mutigen Stimmungen wiederholte sie sich das immer wieder von neuem und wartete inzwischen zaghaft und entschlossen auf den Augenblick, der das alles entscheiden mußte.

Durch die Polin wußte sie genau, was Frau Wels alles Wittkamp gesagt hatte, und als er eines Tages wieder um sie herumging, unschlüssig, gequält, zornig — mit bösem, argwöhnischen Blick, da faßte sie sich Mut.

„Du hast wohl wieder mit Frau Wels über mich gesprochen?"

„Ich — mit der? Woher weißt du das? O nein, ich glaube ihr gar nichts."

Er zitterter vor nervöser Aufregung. Sie war leichenblaß, aber der Zorn auf ihre Feindin gab ihr Mut.

„Du brauchst ihr auch nicht zu glauben, Richard. Denn sie weiß gar nichts von mir, wenigstens nichts von dem, was ich wirklich getan habe."

„O, Martha —" sagte er in abgerissenen Worten. „Liebste Martha —"

„Laß das!" sagte sie ungeduldig und wurde hart. „Ich will deine Liebe nicht, oder nein, verzeihe mir, ich verdiene sie nicht. Ich habe dich betrogen und belogen, du kannst es nennen, wie du willst. Was weißt du, wie es einem armen Mädchen geht und wie es ihr zumute ist. Ich habe dich überhaupt nie geliebt, das weiß ich jetzt, geliebt habe ich einen andern und ich lieb ihn vielleicht jetzt noch."

Sie saßen sich am Tische gegenüber, vor ihnen stand der Rest des Essens. Er wollte aufspringen und etwas sagen, aber er war wie gelähmt und konnte keinen Laut herausbringen.

Martha fühlte, wie es ihr in den Ohren sauste. Eine ohnmächtige Schwäche hatte sie befallen, es war ihr, als ob sie kein Blut mehr in den Adern hätte. Aber sie sprach ganz ruhig, als ob sie eigentlich alles dieses jetzt nicht mehr angehe.

„Wir Mädchen sind nicht so, wie du denkst. Aber die Männer machen uns falsch. Der eine will uns so haben, und der andere so. Und sie haben nicht eher Ruhe, bis wir uns verstellen und uns nach ihren dummen Ideen richten. Als wir uns auf dem Schiff kennen lernten, hatte ich gewiß schon mit dem andern verkehrt, aber das war nicht meine Schuld, was soll ein Mädchen anders machen. Du meintest es ja gut, aber dann prahltest du und malst uns beide nach deiner Phantasie aus. Und ich machte natürlich alles mit, denn wenn ich ehrlich gewesen wäre, hättest du mich verachtet."

„Ich hätte dir nie Vorwürfe gemacht —"

„Das weiß ich, darüber kämen wir ja auch weg. Ich glaubte, mit unserer Heirat sei alles Frühere begraben. Aber ich wußte nicht, daß ich einen andern liebte, bis er auf einmal wiederkam."

„Gustav!" schrie Wittkamp und stand auf. Seine Augen brannten wie Kohlen. Er suchte nach einem Gegenstand, den er ergreifen wollte. Martha blieb äußerlich ganz ruhig, nur ein Zittern verriet ihre Erregung.

„Sei mir nicht böse", sagte sie in weicherem Tone als vorher. „Ich konnte nicht anders. Er hat mich am ersten Tage auf dem Schiffe gehabt, aber dann glaubte ich, ich liebte dich. Aber es ist nicht wahr."

Wittkamp rannte wie von Sinnen im Zimmer herum. „Du lügst", schrie er sie an. „Du hast ihn nicht geliebt. Er ist ein ganz gemeiner Kerl. Aber ich werde zu ihm hingehen — sofort!"

„Das wirst du nicht tun!" sagte sie ruhig.

Er lachte bitte. „Du hältst mich wohl für feige?" fragte er.

„Du bist nicht feiger als alle andern auch. Ich wollte nur, ich hätte manchmal deinen Mut und dein Vertrauen. Aber was willst du ihm vorwerfen? Du kannst nur mir Vorwürfe machen. Und da nützen auch keine Worte mehr. Wir müssen uns jetzt ruhig aussprechen, und dann muß ich gehen."

„Du bleibst hier!" schrie er wild. „Ich lasse dich nicht hinaus. Meinst du, du könntest zu dem Schuft hingehen? Das dulde ich nicht. Uebrigens wenn du wüßtest, was er für einer ist, und mit wem er sich herumtreibt —"

„Laß das bitte! Er ist jedenfalls hundertmal aufrichtiger als du oder ich. Er hat mir noch nie etwas vorgelogen."

„Du, reize mich nicht! Du weißt nicht, wozu ich fähig bin."

Sie fühlte das Theatralische in dem Ton seiner Worte und wollte bitter werden. Dann aber schämte sie sich ihres Unwillens und sagte noch sanfter als vorher: „Nein, Richard, ich gehe nicht zu ihm hin. Ich werde ihn niemals mehr wiedersehen, das verspreche ich dir. Ich will für mein Kind leben."

„Ja, und das Kind — ist das auch von ihm?"

„O Gott, quäle mich doch nicht. Jedenfalls ist es mein Kind. Ich brauche keinen Vater dafür."

Sie legte ihren Kopf auf ihre Arme und begann zu weinen. Aber sie bezwang sich sofort wieder, als er sich ihr näherte, um sie zu trösten.

„Also wir wollen vernünftig sein. Ich gehe nicht wieder in Stellung. Ich kann sehr gut waschen und plätten. Damit verdient man hier schönes Geld. Ich werde eine Wohnung mieten und mir schon durchhelfen."

„Martha, das ist ja alles Wahnsinn."

„Ich weiß, was du sagen willst. Du meinst, wir könnten das Vergangene vergessen und wieder zusammenbleiben. Aber ich glaube nicht, daß du darüber hinwegkommst. Du wirst immer wieder daran denken, und schon das könnte ich nicht ertragen. Du bist gewiß viel besser als ich, ich verdiene gar nicht, daß du so gut zu mir bist. Aber wir können nicht zusammenleben. Ich darf es wirklich nicht, und ich will es auch nicht."

Sein ganzer Zorn war jetzt verschwunden, und auf einmal fing er wie ein Kind an zu weinen.

„Richard, sei nur ruhig. Ich werde die Nacht noch hier bleiben, es hat keinen Zweck, im Zorn zu scheiden. Morgen pack ich meine Sachen — du erlaubst mir das doch, und wenn du meine Adresse bekommen hast, schickst du mir den Koffer. Auch die dreihundert Mark, die ich mitgebracht habe, gibst du mir wieder. Ich weiß, du hast meinetwegen diese Wohnung angeschafft, aber es geht dir ja jetzt gut, sonst würde ich auf einen Teil von dem Geld verzichten."

Sie wollte sich während der Nacht auf das Sofa im Wohnzimmer hinlegen, aber er duldete es nicht. Dann würde er die Nacht vorne verbringen.

„Richard, verzeih mir auch alles. Und quäl dich nicht mehr mit mir darüber zu reden. Ich hab mir alles genau überlegt. Es ist so das beste, auch für dich."

Sie sagten sich gute Nacht, und Wittkamp sah, wie sie mit Tränen in den Augen sich an der Schlafzimmertüre noch einmal umwandte und ihm zunickte. Dann hörte er, wie sie drinnen ganz leise den Schlüssel umdrehte, und es war ihm, als ob alles um ihn versinke.

(Fortsetzung folgt.)

hundert an Originaldrucken aus Dänemark, den skandinavischen Reichen und Finnland bemerkenswerte Stücke aus folgenden Gebieten gezeigt werden: Karten, Städtebilder, kulturgeschichtliche und landeskundliche Werke, Schriften dänischer Gelehrter des 16.—18. Jahrhunderts über altnordische Literatur und Sprache, dänische und schwedische Glossarien aus dem 18. Jahrhundert, frühe Drucke der Edda und andere altnordische Dichtungen, alte Drucke von Werken bedeutender dänischer und skandinavischer Naturforscher, Mathematiker und Astronomen, z. B. Casp. Bertholinus, Tycho de Brahe, De Geer, Linné, M. Meibom, Sincon Paulli u. a. schwedische Ausgaben deutscher Klassiker, bemerkenswerte handelspolitische Veröffentlichungen. Dr. P.

*

Achtung, B.-R. und B.-O. der vereinigten Gruppe 8, 9 und 18. (Verkehr und Transport, Landwirtschaft, Lebens- und Genußmittelindustrie.) Auf die morgen abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende Gruppenversammlung wird hiermit noch besonders hingewiesen. Es sind wichtige Angelegenheiten zu besprechen und daher das Erscheinen aller B.-R. unbedingt notwendig. Der Gruppenrat.

Die Reichsteuerungszahl für Lübeck im Mai 1921 beträgt nach den Berechnungen des Statistischen Amtes 908 gegen 868 M. im April. Sie ist also gegen den Vormonat um 5,2 Prozent in die Höhe gegangen, aber noch 54 M. oder 5,6 Prozent niedriger als im Januar d. J. Die Lebenshaltungsindexziffer mit Bezug auf die Vorkriegszeit (die Teuerungszahl von 1913 ist gleich 100 gesetzt) beträgt 1045.

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Krieger-Ehrenmal in der St. Marienkirche hatten 38 Künstler 48 Entwürfe (einschl. Varianten) eingereicht. Das Preisgericht sprach die drei Preise im Betrage (3000, 2000 u. 1000 Mk.) folgenden Herren zu: 1. Preis Herrn Architekt Gustav Blohm, geborener Lübecker, Hamburg, Mühlendamm 59 und Bildhauer Oscar C. Ulmer, Hamburg. 2. Preis Herrn Architekt Runge & Lenschow, Lübeck und Bildhauer Richard Kuöhl, Hamburg. 3. Preis Herr Architekt Max Meyer, Lübeck, Hüxtertorallee 17. Eine öffentliche Ausstellung aller Entwürfe in der Bürgermeister-Kapelle der Marienkirche wird am Sonntag eröffnet.

Erfolge Lübecker Künstler. Im Hamburger Stadttheater gastierte am Montag abend in der „Boheme" Herr Marion. Der Kritiker Chevalier schreibt darüber im „Hbg. Frmdbl.": Den Rudolf sang als Gast Herr Marion vom Stadttheater in Lübeck. Er bereitete denen, die ihn noch nicht kannten, eine sehr angenehme Ueberraschung, denn man lernte in ihm den Besitzer einer hübschen, warmklingenden Tenorstimme kennen und zugleich einen Sänger, der zum mindesten eine Ahnung vom bel canto, von den Bögen italienischer Gesangsphrasierung und von den Vortragsforderungen einer Puccinischen Tenorpartie hat. Man wird gut tun, sich den Namen des Sängers zu merken.

Der Bund der Auslandsdeutschen, Ortsgruppe Lübeck, Abteilung Rußland, hielt am Dienstag abend im Saale der Schiffergesellschaft eine Versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Piersdorf, berichtete zunächst über die getroffenen Maßnahmen zur Erlangung einer gerechten Entschädigung für das im Auslande verlorene Besitztum. Es seien u. a. Eingaben an die in Frage kommenden Stellen gemacht worden, wonach eine Entschädigung für das Verlorene in Höhe des Friedenswertes nebst einem Zuschlag gefordert wird. Verdienst solle dabei nicht erzielt werden, sondern man sei bereit, schwere Lasten zu tragen. Auch an die Lübecker Bürgerschaft sei eine Eingabe gemacht worden, für die besonders Dreger eingetreten sei. Der Redner betonte ferner, daß voraussichtlich in diesem Sommer die Entschädigungsfrage im Reichstage geregelt würde und daß begründete Hoffnungen auf Erfüllung ihrer bescheidenen und berechtigten Wünsche vorhanden seien. Darauf referierte Herr Dr. Erdmann-Hamburg über die wirtschaftliche Bedeutung des Auslands-Deutschtums und das Entschädigungsverfahren. Im Interesse des deutschen Wiederaufbaues hielt er es für erforderlich, auf die Erfahrungen der Auslandsdeutschen zurückzugreifen. Lübeck, das als Wiege des Auslandsdeutschtumes angesprochen werden kann — nahm doch die deutsche Hanse von dort aus ihren Ausgang — hat die Pflicht, die Traditionen der Hanse weiterzuführen und für die Auslandsdeutschen einzutreten. Die Auslandsdeutschen sind Vermittler des Handels und Eroberer der ausländischen Absatzmärkte, ohne die ein Aufblühen der deutschen Wirtschaft undenkbar ist. Durch die persönlichen Beziehungen der Auslandsdeutschen wurden vor dem Kriege etwa 75 Proz. der gesamten deutschen Ausfuhr vermittelt. Auch für die Einfuhr der Rohstoffe waren sie unentbehrlich. Ferner müßte ihrer Dienste als wirtschaftliche Berichterstatter besonders gedacht werden. Eins ist aber notwendig, um sie wieder so wie früher in den Dienst der deutschen Wirtschaft zu stellen: sie müssen für die erlittenen Verluste entschädigt werden. Das Reich hat aus den Liquidationen des Eigentums der Auslandsdeutschen Gutschriften auf das Reparationskonto erhalten und sich verpflichtet, diese Summen den Auslandsdeutschen zu vergüten. Bei diesem Vorgehen muß es Großzügigkeit und eine gesunden Sinn für die Bedeutung der Auslandsdeutschen walten lassen. Ferner muß es sich aber auch bereit erklären, die übrigen Verluste der Auslandsdeutschen, die sogenannten Kriegsschäden, im vollen Umfange zu ersetzen. Die Auslandsdeutschen verwahren sich gegen eine Behandlung, die sie schlechter stellt als die Deutschen aus den abgetretenen Gebieten und aus den ehemals deutschen Kolonien. Sie verlangen von der 24. Reichstags-Kommission, die gerade in diesen Tagen in die Beratung ihres Gesetzes tritt, Berücksichtigung ihrer durchaus berechtigten Forderungen. Dann verlangen sie aber auch ein baldiges Handeln der in Frage kommenden Regierungsstellen, da ihre persönliche Not durch das lange Hinausschieben ihrer Entschädigungen immer größer wird und da sie durch diese Verzögerung noch nicht in die Lage versetzt werden, ihre volkswirtschaftlich äußerst wichtige Arbeit für das deutsche Volk zu leisten.

Erschossen hat sich der Regierungsbaumeister Ohrt, der Leiter der Baupolizei. O. stand im 48. Lebensjahre und litt an einem unheilbaren Lungenleiden.

Strafkammer. Wegen Landfriedensbruch, begangen bei dem Tumult am 30. Juni v. J., stand am Mittwoch der Heizer St. unter Anklage. Er soll an dem fraglichen Tage mit der in der Markthalle morgens sich zusammengerotteten Menge losgezogen sein und an den Plünderungen mehrerer Geschäfte teilgenommen haben. Auch wird ihm die Zertrümmerung der Ladenscheibe in dem Bitturschen Waffengeschäft zur Last gelegt. Der Angeklagte will an dem Tage sinnlos betrunken gewesen sein und sich daher der Vorgänge nicht mehr erinnern können. Mehrere Zeugen bekundeten, daß sie St. wohl in der Menge gesehen, aber strafbare Handlungen seinerseits nicht bemerkt hätten. Der Staatsanwalt stellte die Bestrafung des Angeklagten in das Ermessen des Gerichts. Das Urteil lautete auf kostenlose Freisprechung. — Eine Starke auf der Weide abgeschlachtet hat der Arbeiter H. aus Kiel gemeinsam mit zwei bereits abgeurteilten Komplizen. Sie hatten das Tier, das dem Landmann D. in Böbs gehörte, mit einem Revolver niedergeschossen, abgeschlachtet und das Fleisch zum Teil an einen Gastwirt verkauft. Das Gericht nahm zugunsten des Angeklagten an, daß er von einem der Mittäter zu der Tat verführt worden sei und billigte ihm mildernde Umstände zu. Urteil: 6 Monate Gefängnis.

Hansatheater. Am Sonnabend, dem 4. Juni, beginnt im Hansatheater die eigentliche Sommerspielzeit, wofür die Direktion wie sie uns mitzuteilen bittet, die neuesten Schlager auf dem Gebiete der Operetten und des musikalischen Schwanks erworben hat, wie „Mascottchen", „Scheidungsreise" usw. — Eröffnet wird mit dem in Berlin über 200 mal gegebenen Operettenschwank „Der verjüngte Adolar" von Walter Kollo, dem Rangmeister von Fräulein Puck. Um Jedermann den Besuch der Vorstellungen, für die ein erstklassiges Operettenensemble zusammengestellt ist, zu ermöglichen, sind die Eintrittspreise ganz bedeutend ermäßigt. — Vorverkauf in den bekannten Vorverkaufsstellen.

Sonntag, 5. Juni:

Arbeiter - Wassersporttag

in der Badeanstalt **Falkendamm**
und auf der **Wakenitz.**

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 2. Juni morgens 6 Uhr 21°; mittags 12 Uhr 20½° Celsius.

pb. **Gestohlen** sind aus einer Wohnung des Töpferwegs ein dunkelblauer Jakettanzug aus gefärbtem Militärstoff, ein dunkler Jakettanzug und ein Paar neubesohlte Herrenschnürstiefel.

pb. **Ein herrenloses Fahrrad**, Marke Holsatia, Fahr.-Nr. 176 170, wurde an einem Hause in der Lindenstraße gefunden.

pb. **Gefaßte Diebe.** Festgenommen wurde ein stellungsloser Knecht aus Tramm, der einem Landmannsgehilfen und einer Stütze größere Geldbeträge gestohlen hat. — Des weiteren wurde ein hier Langer Lohberg wohnhaft gewesener Heizer festgenommen, der mit einem in Bad Schwartau verhafteten Komplizen in Schwartau und Umgegend mehrere Einbruchsdiebstähle ausgeführt hat. — Festgenommen wurden ferner ein Dreher aus Göttingen und ein Heizer aus Dummersdorf, die in einem Lagerhaus in der Beckergrube einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt hatten, bei dem ihnen diverse Waren in die Hände gefallen waren.

pb. **Verhafteter Schwindler.** Ein in der Lachswehr-Allee wohnender Reisender wurde wegen Betruges festgenommen. Er war zu mehreren Geschäftsleuten gegangen und hatte auf Grund einer Liste größere Beträge einkassiert. Er hat angegeben, daß er vor einiger Zeit gesehen habe, wie sich eine hier wohnhafte Näherin in selbstmörderischer Absicht in die Trave gestürzt habe. Er sei derselben kurz entschlossen nachgesprungen und habe sie gerettet, worauf die Näherin angegeben hätte, daß sie sich aus Not das Leben habe nehmen wollen. Damit die Lebensmüde nicht abermals versuche, in den Tod zu gehen, fühle er sich veranlaßt, für diese Beträge zu sammeln. Da der Betreffende aber nicht den Namen und die Wohnung der Näherin angeben konnte, wurde er verhaftet.

*

Schlutup. Der Senat hat den Rektor Hugo Martens zu Schlutup an Stelle des verstorbenen Rektors Stampa zum Vorsteher des 10. Armenbezirks (Schlutup) gewählt.

k. **Travemünde.** Eine „Volksversammlung", von den Kommunisten einberufen, tagte hier im Kolosseum. Erschienen waren mit den 3 Vorstandsmitgliedern und einem Berliner Referenten insgesamt 19 Personen. Da die ganze Volksversammlung in einer Nische Platz hatte, verhallte der Redestrom des unbekannten Herrn an den Wänden. Er forderte u. a., die Orgesch müsse die Waffen ab- und dem revolutionären Proletariat übergeben. So streiten sich die Leut herum, wohl um den Wert des Glücks . . . .

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Keine Spielbank in Warnemünde. Die Verfassunggebende Landessynode hat seinerzeit eine Eingabe an das Ministerium gerichtet, für die kommende Badezeit in Warnemünde einen Spielbetrieb nicht mehr zu gestatten. Darauf hat das Ministerium geantwortet, daß es dem Antrage entsprechen werde und die Einrichtung eines Spielbetriebs nicht mehr zulassen wolle.

Hamburg. Deutschnationale Gesinnung. Vor einigen Tagen vollführten Halbstarke von der „Warte"-Holty-Sekte" einen „Torpedoangriff" in der Alster auf ein Paddelboot mit englischem Namen und mißhandelten den Bootsbesitzer. Der Mann wurde ins Wasser geworfen und beim Versuch, sich anzuklammern, mit Rudern auf Kopf und Hände geschlagen. Dieser Vorfall kam Mittwoch in der Bürgerschaft zur Sprache. Als das Bürgerschaftsmitglied Frau Radel, eine Verwandte des Mißhandelten, den Vorfall schilderte und kritisierte, brachten es die Knechte des Hauses fertig, sich vor Lachen zu wälzen. Es war nur natürlich, daß nach solchen Proben „deutscher" Sitte lebhafte Pfui!-Rufe aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion laut wurden. Was aber kam als Antwort darauf aus des deutschnationalen Munde? „Ihre Söhne sind nicht totgeschossen worden". Das konnte nur wie eine neue unverschämte Herausforderung empfunden werden. Es hieß so viel wie: Die Opfer für das Vaterland im Kriege haben wir (die Deutschnationalen) allein gebracht. Genosse Schönfelder sagte den Herren hierauf deutlich die Wahrheit. Die infame Hetze der sogenannten Deutschnationalen allen denen gegenüber, die nach dem Kriege wieder einen versöhnlichen Verkehr mit andern Völkern anbahnen wollen, macht, wie der Vorfall wieder zeigt, jede nationale Gemeinschaft in Deutschland unmöglich.

Hamburg. Die Beerdigung der sieben beim Baden verunglückten Kinder fand Mittwoch unter großer Anteilnahme der Bevölkerung auf dem Ohlsdorfer Friedhof statt. Viele Tausende beteiligten sich daran. Die Worte des Schulleiters am Grabe wirkten auf jedes Gemüt. Unter den Klängen der jugendlichen Trommler und Pfeifer: „Ich hatt' einen Kameraden" sank ein blumengeschmückter Sarg um den andern ins Grab.

Güstrow. Das Schicksal zweier Liebenden. Die 18jährige Tochter des Schlossermeisters Ebert, die mit einem Angestellten des Gefangenenlagers ein Verhältnis hätte, kehrte von einem Stelldichein nicht mehr zurück. Am Montag wurde die Leiche des schwermütigen Mädchens in einem Wasserloch auf der Kuhweide aufgefunden. Die Leiche sollte Mittwoch beerdigt werden. In die Kapelle schlich sich am Tage zuvor der Freund des jungen Mädchens und machte durch einen Revolverschuß an dem Sarge der Geliebten auch seinem Leben ein Ende.

Kiel. Stapellauf. Ein eigenartiger Neubau ist Dienstag auf der Germaniawerft mit dem Motor-Tankschiff „Ostpreußen" von 8000 Tonnen Ladefähigkeit zu Wasser gebracht worden. Der Rumpf dieses für den Oeltransport bestimmten Schiffes besteht in der Hauptsache aus zwei Druckkörpern von U-Boot-Kreuzern. Der Schiffsrumpf ist dadurch geschaffen worden, daß zwei solcher Körper von 5,75 Meter größtem Durchmesser und 77 Meter Länge parallel miteinander verbunden, mit einem Aufbau versehen und kurze Vor- und Hinterschiffsteile angebaut wurden, um eine gute Schiffsform zu erzielen.

Bremen. Ein Streik ist im Baugewerbe ausgebrochen. Die Bauarbeiter fordern 20 Prozent Lohnzuschlag, die Unternehmer wollen dagegen einen Lohnabbau von 5 Prozent und die Streitfrage dem Lohnbezirkstarifamt überweisen. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der verlangt, daß jeder Kollege, der in Arbeit steht oder zu neuen Bedingungen arbeitet, außer seinen Pflichtbeiträgen pro Tag 6 Mk. Extrabeiträge zu zahlen hat.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Fußball-Abt. des A. T. V. Am letzten Sonntag führte die Fußball-Abt. des A. T. V. auf dem Buniamshof ein Sechser-Turnier vor. Resultat ist bereits bekannt gegeben. Am kommenden Sonntag, den 5. Juni, wird kein Spiel stattfinden. Am Sonntag, dem 12. Juni, hat die Fußball-Abt. des A. T. V. wiedereinmal Großkampftag angesetzt. Annähernd haben alle Mannschaften auswärtige Gegner als Gast. Heute Donnerstag findet, wie bekannt, der Trainingabend der Fußball-Abt. des A. T. V. statt.

Briefkasten.

Kriegerwitwe. Die Abfindungssumme bei Wiederverheiratung wird im ganzen ausbezahlt. Da es aber meist Wochen oder Monate dauert, ehe die Sache geregelt ist, wird vom Wohlfahrtsamt gewöhnlich ein Vorschuß gezahlt. Die Anträge auf Abfindungssummen müssen an das Versorgungsamt gestellt werden, und zwar durch Vermittlung der Hinterbliebenenfürsorge beim Wohlfahrtsamt.

Der Tee.

Von Heinrich Heine.

Der Schauplatz der Geschichte, die ich jetzt erzählen will, sind wieder die Bäder von Lucca.

Fürchte dich nicht, deutscher Leser; es ist gar keine Politik darin, sondern bloß Philosophie, oder vielmehr eine philosophische Moral, wie du es gern hast. Es ist wirklich sehr politisch von dir, wenn du von Politik nichts wissen willst, du erführest doch nur Unangenehmes oder Demütigendes. Meine Freunde waren mit Recht über mich ungehalten, daß ich mich die letzten Jahre fast nur mit Politik beschäftigte und sogar politische Bücher herausgab. „Wir lesen sie zwar nicht", sagten sie, „aber es macht uns schon ängstlich, daß so etwas in Deutschland gedruckt wird, in dem Lande der Philosophie und der Poesie. Willst du nicht mit uns träumen, so wecke uns wenigstens nicht aus dem süßen Schlafe. Laß du die Politik, verschwende nicht daran deine schöne Zeit, vernachlässige nicht dein schönes Talent für Liebeslieder, Tragödien, Novellen und gebe uns darin deine Kunstansichten oder irgendeine gute philosophische Moral."

Wohlan, ich will mich ruhig wie die andern aufs träumerische Polster hinstrecken und meine Geschichte erzählen. Die philosophische Moral, die darin enthalten sein soll, besteht in dem Satze: daß wir zuweilen lächerlich werden können ohne im geringsten selbst daran schuld zu sein. Eigentlich sollte ich bei diesem Satze in der ersten Person des Singularis sprechen — nun ja, ich will es, lieber Leser, aber ich bitte dich, stimme nicht ein in ein Gelächter, daß ich nicht verschuldet. Denn ist es meine Schuld, daß ich einen guten Geschmack habe und daß guter Tee mir gut schmeckt? Und ich bin ein dankbarer Mensch und als ich in den Bädern von Lucca war, lobte ich meinen Hauswirt, der mir dort so guten Tee gab, wie ich ihn noch nie getrunken.

Dieses Loblied hatte ich auch bei Lady Woolen, die mit mir in demselben Hause wohnte, sehr oft angestimmt, und diese Dame wunderte sich darüber, um so mehr, da sie, wie sie klagte, trotz allen Bittens von unserem Hauswirt keinen guten Tee erhalten konnte und deshalb genötigt war, ihren Tee per Estafette aus Livorno kommen zu lassen.

„Der ist aber himmlisch!" setzte sie hinzu und lächelte göttlich.

„Mylady," erwiderte ich, „ich wette, der meinige ist noch viel besser."

Die Damen, die zufällig gegenwärtig, wurden jetzt von mir zum Tee eingeladen, und sie versprachen, des anderen Tages um sechs Uhr auf jenem heiteren Hügel zu erscheinen, wo man so traulich beisammen sitzen und ins Tal hinabschauen kann.

Die Stunde kam, Tischchen gedeckt, Butterbrödchen geschnitten, Dämchen vergnügt schwatzend — aber es kam kein Tee.

Es war sechs, es wurde halb sieben, die Abendschatten rinnelten sich wie schwarze Schlangen um die Füße der Berge, die Wälder duftete immer sehnsüchtiger, die Vögel zwitscherten immer dringender —, aber es kam kein Tee. Die Sonnenstrahlen beluchteten nur noch die Häupter der Berge, und ich machte die Damen darauf aufmerksam, daß die Sonne verzögernd scheide und sichtbar ungern die Gesellschaft ihrer Mitsonnen verlasse.

Das war gut gesagt — aber der Tee kam nicht.

Endlich, endlich, mit seufzendem Gesicht, kam mein Hauswirt und fragte, ob wir nicht Sorbett statt des Tees genießen wollen?

„Tee! Tee!" riefen wir alle einstimmig.

„Und zwar denselben" — setzte ich hinzu — „den ich täglich trinke."

„Von demselben, Exzellenzen? Es ist nicht möglich!"

„Weshalb nicht möglich?" rief ich verdrießlich.

Immer verlegener wurde mein Hauswirt, er stammelte, er stockte; nur nach langem Sträuben kam er zu einem Geständnis — und es löste sich das schreckliche Rätsel.

Mein Herr Hauswirt verstand nämlich die bekannte Kunst, den Teetopf, woraus schon getrunken worden, wieder mit vorzüglich heißem Wasser zu füllen, und der Tee, der mir so gut geschmeckt und wovon ich so viel gepraßt, war nichts anderes, als der jedesmalige Aufguß von demselben Tee, den meine Hausgenossin, Lady Woolen, aus Livorno kommen ließ.

Die Berge rings um die Wälder von Luca haben ein ganz außerordentliches Echo und wissen ein lautes Damengelächter gar vielfach zu wiederholen.

In die Kirche wollt' ich gehen.

In die Kirche wollt' ich gehen,
Hörte einen Finken singen;
Blieb am Flieder lauschend stehen,
Ließ den Sang ins Herz mir klingen.

In die Kirche wollt' ich gehen,
Sah ein Mieder, goldene Schnüre;
Blieb da lange schwatzend stehen
An des Schelmenmädchens Türe.

In die Kirche wollt' ich gehen,
Sah das Schild zur goldnen Traube;
Blieb da nimmer draußen stehen,
Trank ein Glas in grüner Laube.

In die Kirche wollt' ich gehen,
Als die Frommen heim schon kehrten,
Sahen mich und blieben stehen:
— „Sünder sind doch die Gelehrten."

Alfred Moeglich.

Aus der Partei.

Das Urteil der Parteigenossen. Der Bezirksverband der SPD. Thüringen hielt am 28. und 29. Mai in Weimar seinen diesjährigen Parteitag ab. Am zweiten Tage sprach Genosse Müller-Franken über die politische Lage. Von den Jenaer Genossen wurde folgende Entschließung eingebracht und vom Parteitage einstimmig angenommen: „Der Bezirksparteitag der SPD. Thüringen stellt sich auf den Boden der Ausführungen des Genossen Müller-Franken. Die Annahme des Ultimatums war um der Einheit der Deutschen Republik und der Lebensinteressen der deutschen arbeitenden Bevölkerung willen notwendig. Um das Ultimatum zu erfüllen und der Arbeiterschaft der alliierten Länder den festen Willen der deutschen arbeitenden Bevölkerung zum Wiederaufbau der zerstörten Weltwirtschaft zu dokumentieren, war der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung dringende Notwendigkeit. Diese Tendenz kann aber nur gefestigt werden, wenn die Unabhängigen ihre Einsicht vom 10. Mai aufrechterhalten, die Regierung sich innen- wie außenpolitisch nach links orientiert, und entsprechend dem Kasseler Parteitagsbeschluß jede Koalition mit der antirepublikanischen und friedensstörenden Deutschen Volkspartei des Stinnes abgelehnt.

In einer weiteren Entschließung über Thüringer Politik wurde die Enthaltsamkeitspolitik der Unabhängigen bei der Regierungsbildung in Thüringen verurteilt, weil dadurch der Einfluß der Sozialdemokraten in Thüringen stark geschwächt und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der freiheitliche Ausbau Thüringens nicht genügend gefördert werden konnte.

Der Unterbezirkstag für Nieder- und Oberbarnim tagte am Sonntag im Fraktionssaal des Abgeordnetenhauses, um zu dringenden organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen. Genosse Wissell gab zunächst eine Darstellung der Ereignisse nach der Annahme des Friedensvertrages. Ohne Diskussion wurd einstimmig eine Resolution angenommen, in der das vollste Einverständnis mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion zum Ausdruck kommt. Die Resolution wendet sich weiter gegen eine Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts, die uns unvermeidlich erneutes Mißtrauen im Auslande einbringen würde.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat sich, wie die „Freiheit“ meldet, gegen die Beschickung des Moskauer Gewerkschaftskongresses ausgesprochen, da auf ihm „nur Minoritäten von Landeszentralen oder Delegationen von Verbänden erscheinen, die die Massen ihrer Mitglieder nicht hinter sich haben“. Die nach bekanntem Muster (Offener Brief usw.) auch in der Schweiz betriebene kommunistische Aktion für die Einheitsfront beantwortet der Gewerkschaftsbund folgendermaßen: „Der Gewerkschaftsausschuß lehnt eine Fühlungnahme mit der Kommunistischen Partei ab. Die Kampfmethoden der Kommunistischen Partei, die in der Verunglimpfung aller Andersdenkenden bestehen, schließen eine nutzbringende Tätigkeit aus.“

Genossenschaftsbewegung.

Der rechte Weg. Karl Kautsky hat die jetzt von den Bolschewisten vergewaltigte Bauernrepublik Georgien besucht und darauf seine Eindrücke von dort in einer in der Wiener Volksbuchhandlung erschienenen Schrift zusammengefaßt. Was Kautsky darin über genossenschaftliche Entwickelung auf Grund neugewonnener Erfahrungen zu sagen hat, ist eine glatte Bestätigung der Richtigkeit des vom Zentralverbande deutscher Konsumvereine gegangenen Weges. Kautsky schreibt: „Es ist nur von Vorteil, daß die Genossenschaften bei ihren produktiven Gründungen langsam und behutsam vorgehen. Das stürmische Tempo, das dem revolutionären Temperament entspricht und am Platze ist bei der Eroberung feindlicher Machtpositionen, ist bei der Begründung ökonomischer Organisationen nicht vorteilhaft. Hier heißt es umsichtig vorbereiten, nur auf gesichertem Boden vorwärts marschieren und nicht weiter gehen, als die verfügbaren Kräfte es gestatten. In der Oekonomie geht es nicht so wie im Krieg, wo eine stürmische Offensive oft den besten Erfolg erzielt — freilich auch da nicht immer. Die bolschewistische Methode, die die sozialistische Neuorganisation des Produktionsprozesses als ein Problem der Kriegführung betrachtet, muß in der Regel versagen. Uebereiltes Vorgehen führt in der Oekonomie stets zu Mißerfolgen, zu Rückschlägen, die unter Umständen das Ganze gefährden können und ungeheures Lehrgeld kosten.“ — Es ist gut, diese Erkenntnis gerade jetzt zu verbreiten, da verantwortungslose Phrasenmacher, die an der Arbeiterbewegung mit soviel Mißerfolg versuchten Moskauer Methoden auch an der Genossenschaftsbewegung probieren möchten.

Gute Entwickelung der Volksfürsorge. Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge, Hamburg, berichtet über gute Erfolge im abgelaufenen Geschäftsjahr 1920. Es wurden 234 764 Versicherungsanträge mit einer Versicherungssumme von 315 581 815 Mk. getätigt oder 78 773 Anträge mit 224 450 825 Mk. Versicherungssumme mehr als im Jahr 1919. Der Versicherungsbestand betrug Ende 1920 = 572 084

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Garten- und Vergnügungslokalen in Lübeck als auch in den umliegenden Ortschaften ausdrücklich den

Lübecker Volksboten

zu verlangen. Die kommende Urlaubs- und Ferienzeit bietet Gelegenheit, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des „Volksboten“ in allen Verkehrsstätten zu veranlassen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten
Johannisstr. 46. Fernruf 926.

Kapitalversicherungen (Tarife I bis IVa) mit einer Versicherungssumme von 426 707 688 Mk., 83 084 Sparversicherungen (Tarife V bis VI) mit einer Versicherungssumme von 5 469 716 Mk. und 1974 Risikoversicherungen (Tarif Va) mit einer Versicherungssumme von 474 528 Mk., insgesamt 657 142 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 432 651 932 Mk. Während sich die Versicherungssumme im Jahre 1919 um 85 147 823 Mk. steigerte, ist im Berichtsjahre ein Zuwachs von 287 252 968 Mk. zu verzeichnen. Der Vorstand der Volksfürsorge beruft die diesjährige Generalversammlung zum 3. Juni nach Hamburg ein. Auf der dafür vorgesehenen Tagesordnung steht u. a. auch die schon im Generalrat des Zentralverbandes in Kassel erörterte Beschlußfassung über Anträge des Vorstandes und des Aufsichtsrates: a) zur Aufnahme der Großen Lebensversicherung, b) zur Erhöhung des Aktienkapitals und c) zur Aenderung des Gesellschaftsvertrages.

Aus aller Welt.

Ein grauenhafter Raubmord ist in Dresden verübt worden. Ein 80jähriger Juwelier, der mit seiner Tochter im Erdgeschoß eines Hauses in der Wertherstraße wohnt, wurde plötzlich durch Hilferufe seiner Tochter aus dem Garten ins Haus gerufen. Bei seinem Eintritt ins Haus wurde er von einem jungen Menschen mit einem Revolver niedergeschlagen, so daß er bewußtlos liegen blieb. Straßenpassanten verfolgten den Mordbuben, dem es gelungen war, durch ein Fenster zu flüchten, und nahmen ihn an der Lukaskirche fest. Im Hause fand man den Juwelier noch lebend, wenn auch bewußtlos am Boden liegend und die Tochter mit durchschnittener Kehle. Die geraubten Sachen hatte der Mordbube bereits zusammengepackt, bei der Flucht aber im Stiche lassen müssen. Es handelt sich um einen jungen Mann, der am Sonntag seine Verlobung feiern und sich zu diesem Zwecke Geld verschaffen wollte.

30 Personen durch Vergiftung erkrankt. Bei einer Hochzeitsfeier in der Familie Fissner in Düren erkrankten 30 Hochzeitsgäste unter Vergiftungserscheinungen. Die Ursache der Erkrankung ist noch nicht aufgeklärt.

Internationale Falschmünzer. Falsche 500-Lei-Scheine (1 Lei gilt heute ungefähr 1 Mark) tauchten bereits im Dezember 1919 in großer Menge in Rumänien auf. Die rumänische Regierung beauftragte daher den Major Raddoin mit Nachforschungen nach den Vertreibern und Herstellern. Der Major betrieb diese persönlich mit rumänischen anderen Beamten auch in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei und Oesterreich. In Jugoslawien fand er die Spur von Fälschern, die falsche Dinarnoten herstellten, und sich auch mit dem Druck von Leinoten befaßten. Man entdeckte auch die Fabrik, stellte aber bei ihrer Aushebung fest, daß nur Dinarnoten hergestellt, falsche Leinoten dagegen nur verbreitet wurden. Die Fabrik lag in einem unbedeutenden Landstädtchen. Mit Hilfe der jugoslawischen Polizei wurde der Betrieb ausgehoben. Die Fälscher der Leinoten waren indessen flüchtig. Ihre Spur führte nach Oesterreich. In Wiener Kaffeehäusern stellte Major Raddoiu fest, daß auch dort falsche Leinoten abgesetzt und in den Verkehr gebracht wurden. Es gelang ihm auch mit Hilfe der Wiener Polizei eine ganze Reihe der Vertreiber zu verhaften. Die Fabrikanten waren aber auch hier nicht zu finden. Der Major fuhr daher nach Berlin und setzte sich mit der Falschgeldabteilung der Reichsbank in Verbindung. Kriminalkommissar v. Liebermann nahm gemeinsam mit ihm die Ermittelungen in Berlin auf. Jetzt gelang es in kurzer Zeit, auch die Fabrik der Leinoten zu entdecken und auszuheben. Sie befand sich in der Jahnstraße in der Buchdruckerei von Robert Ernst. Man fand und beschlagnahmte in dieser Druckerei drei verschiedene Druckauflagen. Die Hauptvertreiber wurden verhaftet. Die Platten und die Holzschnitte waren zunächst verschwunden, wurden aber später in einem Straßengully entdeckt. — Unmittelbar nach Festnahme dieser Falschmünzer gelang es der Falschgeldabteilung, einen zweiten erfolgreichen Schlag zu führen. Sie entdeckte bei dem Buchdruckereibesitzer Bolach in der Barbarossastraße zu Schöneberg eine Falschgeldfabrik, die Fünfzigmarkscheine herstellte. Fast die gesamte Druckauflage konnte beschlagnahmt und die Verbrecher verhaftet werden.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Die Arbeitszeit in den Badeanstalten.

Zur Vermeidung von Unglücksfällen in den jetzt verpachteten Badeanstalten möchte ich dem Polizeiamt meine Beobachtungen, die ich in der Krähenteich-Badeanstalt gemacht habe, unterbreiten. Als täglicher Badegast fiel mir auf, daß vom Personal vormittag sowie nachmittags stets dieselben Personen sich im Dienste befinden. Auf meine Anfrage wurde mir vom Schwimmlehrer mitgeteilt, daß der tägliche Dienst von morgens 6 bis 8 Uhr abends währt mit einer 1½stündigen Mittagspause. Außerdem Sonntags von 6—1 Uhr. Man kann von Glück sagen, daß noch kein Unglücksfall vorgekommen ist, denn nach meiner Ansicht erlahmt auch bei einem Schwimmlehrer die Aufsichtsfähigkeit oder die Kraft im Notfall nach so langer Dienstzeit. Bestehen für die jetzt verpachteten Badeanstalten nicht die reichsgesetzlichen Vorschriften über die achtstündige Arbeitszeit und die Sonntagsruhe? Hat die Behörde es bei der Verpachtung unterlassen, dem Pächter die Verpflichtung aufzuerlegen, das nötige Personal zu halten, so wäre es jetzt die höchste Zeit des Polizeiamts, zur Sicherheit des badenden Publikums hier Abhilfe zu schaffen.

H. K.

Bekanntmachung.

Die §§ 2, 3 und 4 der Verordnung über die Versorgung der Bäcker und Händler mit Mehl vom 6. Mai 1920 werden wie folgt geändert:

§ 2.

Die Mehlverbrauchsnachweisungen sind dem Landesversorgungsamt, Breitestraße 65 I., Zimmer 3 allwöchentlich einzuliefern und zwar: von den Bäckern und Mehlkleinhändlern, deren Namen beginnen mit den Buchstaben

A—F am Montag bis 1 Uhr nachmittags
G—M am Dienstag „ „
N—S am Mittwoch „ „
T—Z am Donnerstag „ „

gleichzeitig sind die in der letztvergangenen Brotwoche angenommenen Brot- und Mehlmarken nach Maßgabe der Bestimmungen §§ 3—5 einzuliefern.

§ 3.

Für die Ablieferung der bei dem Brotverkauf angenommenen Marken gilt folgendes:

1 a) Die Brotverkäufer haben die Abschnitte der lübeckischen Brotkarten auf den vorgeschriebenen Sammelbogen in der Reihenfolge der vorgedruckten Nummern sorgfältig aufzukleben und zwar die Abschnitte A B C und D je auf besonderem Bogen. Die abgelieferten Bogen sind, soweit die Abschnitte ausreichen, mit 100 Abschnitten voll zu bekleben. Brothersteller, welche die Bogen ihrer Verkaufsstellen oder Zwischenhändler sammeln und abliefern, haben einen entsprechenden Ausgleich vorzunehmen, sodaß von der gesamten Ablieferung nur ein Bogen den verbleibenden Rest von weniger als 100 Abschnitten enthält.

Sammelbogen, die nicht ordnungsmäßig beklebt sind, werden von der Annahme zurückgewiesen.

b) Reisebrotmarken und nichtlübeckische Brotmarken, sowie Brot- und Mehlempfangsbescheinigungen sind nicht aufzukleben, sondern zu je 1000 oder 100 Stück nach Art und Geltungswert getrennt und in Umschlägen verpackt nebst dem unter 100 verbleibenden Rest den Sammelbögen beizufügen. Auf den sorgfältig zu verschließenden Umschlägen sind Name und Wohnung des Brotverkäufers, ferner Geltungswert, Art und Stückzahl der Marken in deutlicher Schrift mit Tinte oder Tintenstift zu vermerken.

§ 4.

Auf die von den **Mehlkleinhändlern** einzuliefernden Brotkartenabschnitte A, C und D finden die vorstehenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Lübeck, den 1. Juni 1921. (2548

Das Landesversorgungsamt.

Ladenlokal

(Mitte der Stadt) zu mieten gesucht.

Ang. u. C. F. M. a. d. Exp. ds. Blattes

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur silbernen Hochzeit danken herzlichst. (2568
F. Kloppstein und Frau,
Bad Schwartau.

Dienstag, 31. Mai, abends 6½ Uhr starb nach langem schwerem Leiden unsere liebe Tochter und Schwester
Käthe
im 18. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Johs. Schultz
u. Familie.
Rensefeld, Schnoorstraße 14.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 4¼ Uhr vom Trauerhause aus statt. (2545

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsst. Lübeck.
Am Montag, dem 30. Mai, verschied unser langjähriger Kollege
Johann Lentz.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend, dem 4. Juni, nachmittags 4 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof.
Bezirk 4. (2554

Allen, die den Sarg meiner lieben Frau so reich mit Blumen schmückten, die letzte Ehre erwiesen, spreche ich hiermit meinen herzlichen Dank aus.
2558) **F. Laudorn.**

Logis zu vermieten. (2552
Loignystr. 14, h. I, l.

Kl. Einfamilien-Ganghaus gegen 2-Zimmer-Wohnung zu tauschen gesucht. (2541
Näh. Wakenitzmauer 182/1.

Zu verkaufen fast neuer **Pfadfinder-Anzug.**
2542) Engelsgrube 20.

50 Ruten bestelltes Kartoffelland krankheitshalber billig zu verkaufen. (2546
Heimstätten 12.

40 Ferkel billig zu verkaufen. (2557
J. Klüwer, Schwart. Allee 133.

3 Satz Ferkel u. Zugänger billig zu verk.
P. Stüwe, Schönböck. Str. 18.
(2569)

Sense, auch defekte, zu kaufen gesucht. (2543
Martin, Glashüttenweg 17a.

Verl. kl. weiß. geschorener Seidenpud. (Hünd.) Wiederbringer Belohnung. (2572
Eckhoff, Segebergstr. 22.

Ia. Speiseöl	¼ ℔	**3.50**
Rindertalg	„	**7.50**
Margarine	„	**8.00**
Schweineschmalz	„	**10.50**
Palmin in Tafeln	„	**11.50**
Kunsthonig	„	**4.30**
Zuckersirup	„	**2.80**
Backobst	„	**4.80**
Bosn. Pflaumen	„	**4.80**
Ringäpfel	¼ „	**2.00**
Pfirsich	¼ „	**1.50**

Friedrich Trosiener 2579
Mühlenstr. 87. Tel. 215.

Neues Liederbuch für Arbeiter und Naturfreunde
Mk. 1.20.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Mein billiges Juni-Angebot!

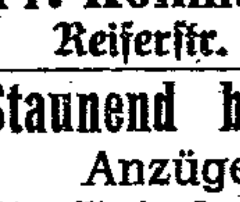
Kindersöckchen (2564
Gr. 3—9 schw. u. lederf. . . Paar 3.95
Damen-Strümpfe
. . . . . . Paar 12.95, 9.95, 7,95, 5.95
Herren-Socken
. . . . . . Paar 9.95, 7.95, 5.95, 3.95
Macco-Hosen Ia.
. . . . Paar 33.50
Macco-Herren-Hemden
. . . . 49.50, 35.—
Einsatz-Hemden
. . . . 49.50, 39.50
Bettkattune
. . . . Mtr. 14.95, 12.95
Hemdentuche
. . . . Mtr. 12.95, 9.90, 7.95
Rohnessel
88 cm breit, Ia. Ware . . . . Mtr. 9.90
Bettlaken
. . . . 69.50, 49.50, 39.50
Bettbezüge
weiß 79.50
Bettbezüge
farbig . . . . 120.—, 99.50, 89.50
Damen-Hemden
. . . . 39.50, 29.50, 25.75
Damen-Blusen-Schürzen
breit . . . . 29.50, 25.—
Sommer-Joppen u. Hosen
billigst
Herren-Anzüge
. . . . . 595.—, 495.—, 350.—, 250.—

Johannes Holst
Kohlmarkt 6. **Lübeck.** Markt 6.

Dr. Brockmann 2576
zurückgekehrt.

Zur Mühle
Beckergrube 61.
Bruchreis ℔ 2.10, 2.40, 2.70
Voll-Reis ℔ 2.40, 3.00, 4.00
feinste Haferflocken ℔ 2.60
feinst. Kartoffelmehl „ 3.20
feinst. Maiskernpuder „ 3.50
weißer grober Grieß „ 2.90
Reismehl, fein und (2560
grob ℔ 2.60, 3.00
Buchweizengrütze ℔ 4.00
Feinste bosnische Pflaumen „ 5.00

Vorzügliches dänisches
Flomenschmalz
Pfd. 10.—
Margarine Pfd. 8.—,
große Flomheringe
Stck. 60 Pfg. (2571
J. Borgwardt Kronsford. Allee 29. Fernspr. 1109.


Freitag und folgende Tage: prima
Füllenfleisch und Wurst
Fr. Kollmann,
Reiferstr. 8. 2567

Staunend billig!
Anzüge (2566
blau Cheviot Kammgarn **650.—, 780.—.**
blau Tuch prima **650.—.**
blau Tuch, reine Wolle **590.—.**
Elegante farbige, aus gutem Stoff mit reiner Wollserge gefüttert von **280.—, 350.—, 450.—, 650.—.**
Hausstandskleider **75.—**
Dirndelkleider **55.—**
blau Cheviot-Röcke **89.—**
Wolle, kariert **58.—**
Franz Wehrendt,
Dankwartsgrube 35.

Unsere Richtschnur:

Gute Qualitäten
Billigste Preise.

✦

Wir empfehlen:

Kleiderstoffe	schwarz/weiß # prima Qualität . . . . . m	15,75
Voile, weiß und farbig, m	22,– 31,–	39,75
Musseline, aparte Muster m	12,– 16,75	19,50
Cadet für Knabenblusen prima Ware m		20.50
Hemdenbarchend, weiche Qualität . . m	9,– 11,–	12,–
Hemdentuche, hervorr. Qual. m von		8,90 an

Badeanzüge
17,25, 31,– 37,75 40,– 47,–

Damenhemden, prima Ware	26,– 32,75	36,50
Damenbeinkleider, prima Ware	31,50 37,–	42,50
Herrenhemden, prima Hemdent.	42,– 45,–	63,–
Damenstrümpfe, gute Qualität	7,90 8,90	10,–

Herren-Einsatz-Hemden
40,– 43,– 45,–

Beachten Sie bitte unser Schaufenster!

Walter Griephan & Co.,

Hüxstrasse 74. (2555

Für die kommenden Tage gelangt ein größerer Posten Hochsommerware, wie Waschkleider, Blusen, Kostüme, Röcke usw. zu außerordentlich billigen Preisen zum Verkauf.

Farbige Waschblusen	verschiedene Formen in Zephir, Batist und Schleierstoff mit Paspel und Knopfbesatz 49.50 29.50	19⁵⁰
Weisse Waschblusen	aus schl. u. best. Voile und Batist, in Hemd- und Schalform, elegant garniert..... 65.00 49,50	39⁵⁰
Damen-Waschkleider	in weiß und farbig aus Voile und Batist. nur reizende Neuheiten..... 395.00 295.00	195⁰⁰
Dirndl-Kleider	für Damen und Backfische aus niedlichen geblümten Stoffen mit Schürze 115.00 108.00	98⁵⁰
Dirndl-Kleider	für Kinder, 50—100 cm lang, in grün und rotgrundigen gebl. Stoffen..... 98,50 79,50 64.50	38⁵⁰
Damen-Waschröcke	in Frotte und Panama, schlicht gestreift und kariert allerneueste Machart 118.50 78,50	39⁵⁰
Kostümröcke	aus guten durchgewebten halbwollenen und reinwollenen Stoffen, wie Cheviot und Diagonal..... 118.00 89.50	78⁵⁰
Sportkostüme	aus gestr. Waschstoff und hübsch. Wollstoff mit gesteppten Taschen und Gürtel, hell und mittelfarbig 495.00	375⁰⁰
Damen-Kostüme	eleg. reinwoll. Cheviots, Gebardine und Serge auf Seide und Halbseide gearbeitet..... 865.00 695.00	595⁰⁰
Wasch-Unterröcke	in Wiener Leinen, Zephir und Drell, hell gestreift und mittelfarbige Dessins 49.80 39.50	21⁵⁰

Besonders billig!
Ohne Rücksicht auf den früheren Preis verkaufe ich mein gesamtes Lager
weißer Kinderkleider 50—95 cm lang, für nachstehend billige Serienpreise
Serie 1 **58⁰⁰** Serie 2 **78⁰⁰** Serie 3 **98⁰⁰**

3 Serien **Flott garn. Damen-Hüte** in Bast, Tagal und Strohborte
59⁰⁰ **48⁵⁰** **35⁰⁰**

8 Serien **Kinder-Hüte** in Strohborte und Bast hübsch garniert
38⁵⁰ **29⁰⁰** **19⁵⁰**

Eleg. Batisthäubchen für Kinder ..... 23.— 18.50 **16⁵⁰**
Zipfelmützen in Kunstseide und Baumwolle **in allen Preislagen** (21696

20% Extra-Rabatt

gewähre ich auf alle regulären **Damen-, Backfisch- u. Kinder-Hüte.**

Hans Struve

Lübeck, Königstr. 85/87, Ecke Wahmstr.

Rendsburg — Neumünster — Itzehoe.

Lagergut-Versteigerung
Morgen Freitag,
den 3. Juni, nachm. 3 Uhr werde in der
Fischstraße 36
im Auftrage der Firma **Lüders & Stange,** sowie für andere Rechnung nachfolgende Lagergüter wie:
4 Kisten Schnürbänder
in bequemen Kabellängen div. Kisten Bleichmittel und **Tortenpulver** (2575
öffentlich meistbietend versteigern.

R. Bruhn,
öffentl. angestellt. Versteigerer für bewegl. Gegenstände
Tel. 977. Kontor: Fischstr. 36

Betriebsrätezentrale
A. D. G. B. — AFA
Lübeck.

Vereinigte Gruppe 8, 9 u. 13: Verkehr und Transport, Landwirtschaft, Lebens- und Genußmittelindustrie.

Versammlung
morgen Freitag,
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. (2574

Das Erscheinen aller B.-R. und B.-O. ist unbedingt erforderlich.

Der Gruppenrat.

Versammlung
aller im Baufach beschäftigten (2588
Poliere und Schachtmeister
am Freitag, dem 3. Juni abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.
(Zimmer Nr. 4).
Vortrag des Kollegen W. Rugenstein.

Hansa-Theater
Sonnabend, 4. Juni, 8 Uhr
Eröffnungs-Vorstellung
Der verjüngte Adolar. 2549
Operettenschwank in 3 Akten von Walter Kollo.
Sommerpreise.

Voranzeige!

Bund der Auslandsdeutschen
Ortsgruppe Lübeck (F. 3392).

2. Stiftungs- und Sommerfest
mit Konzert und Ball
in sämtlichen Räumen und Garten des Kolosseums
am Sonnabend, dem 4. Juni
abends 7 Uhr
unter Mitwirkung namhafter Künstler und Redner.
Herrenkarte 5.— Mk. und 1.50 Mk. Steuern,
Damenkarte 3.— „ und 0.90 „ „

An die Mitglieder!
General-Versammlung
Freitag, 3. Juni bei Knorr. (2544

Lübeck-Burgfeld.

Circus Herm. Althoff
Nur noch wenige Tage. Jeden Abend 7½ Uhr:
Die Wunderbären!
Diavolos Todesfahrt!

Sonnabend und Sonntag nachm. 3 Uhr: für Kinder halbe Preise!

Vorverkauf: Zigarrenhaus M. Niemeyer, Breite Straße 63. Tel. 8511. 2565

Mieterschutz-Verein Lübeck e. V.

Freitag, den 3. Juni, abends 8 Uhr:
Haupt-Versammlung
in den Zentralhallen, Dankwartsgrube.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom 1. Quartal.
2. Abänderung der Satzungen.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes.
4. Vortrag: „Der Mieterschutz vor dem Einigungsamt."

Zu dieser wichtigen Versammlung ersucht um zahlreichen Besuch (2534

Der Vorstand.

Extra billiges Angebot!

Solange Vorrat reicht!

Herrenschnürschuhe Boxkalb, schwarz, Rahmenarbeit	**182.-**
Herrenstiefel echt Chevreau, schwarz, Rahmenarbeit, mit und ohne Lackkappe	**189.-**
Herrenstiefel Rindbox, braun, Rahmenarbeit	**235.-**
Herrenschnürschuhe Boxkalb, braun, Rahmenarbeit	**198.-**
Herrenstiefel echt Chevreau, braun, Rahmenarbeit	**265.-**
Damenpumps echt Boxkalb, echt Chevreau, schwarz	**128.-**
Damenpumps echt Boxkalb, echt Chevreau, **braun,** hochmoderne Form, teilweise m. hochst. Lasche	**152.-**
Damenspangenschuhe echt Chevreau, braun, hauptsächlich Gr. 40—42	**148.-**

Stiller
Breite Straße 71.

2556

Preiswerte Möbel!
ab Lager, kein Laden. Schlafz., reizd. Modelle 2100,- 4200,- Eichen fourn. 4200,- 9000.-. Neue Auswahl in Küchen, 625,- 1975,- einzelne Betten mit Matratzen, Kleiderschränk., Vertiko, Spieg., Stühle, Chaiselongues, Sofa in reicher Auswahl, Fed.-Bett., Bettfed. nur in Ia. Qualitäten. Abwaschen, Ausziehtische, Eßzimm., Büfett billig. Komplette hochmodern. Eßzimmer, sehr preisw.
Möbel- u. Bettenh. Heine
2570) Depenau 8.

Stadttheater Lübeck.
Abonnement 1921/22.

Diejenigen Abonnenten, die ihr Abonnement für die kommende Spielzeit noch nicht erneuert haben, werden gebeten, dieses bis zum 4. Juni ds. Js. zu tun oder mitzuteilen, daß auf die Plätze verzichtet wird, damit bei den schon vorliegenden vielen Neuanmeldungen über die Plätze verfügt werden kann. (2551

Achtung!

Deutscher Bauarbeiterverband.

Die Neuwahl eines Kassierers

findet am **Sonntag, dem 5. Juni,** von morgens 9 bis mittags 1 Uhr statt in folgenden Wahllokalen:

Innere Stadt: **Gewerkschaftshaus,** Johannisstr. 52,
Holstentor-N.: **Storch,** Friedenstraße,
„ S.: **Martiensen,** Lindenstraße,
Burgtor: **J. Groth,** Kottwitzstraße,
Mühlentor: **Schöning,** Ratzeburger Allee,
Timmendorf: **Hüttmanns Hotel,** Timmendorferstrd,
Pansdorf: **Delfs,** Pansdorf.

In allen übrigen Zahlstellen in ihren Vereinslokalen.
Mitgliedsbuch legitimiert.

2553) **Der Bezirksvereinsvorstand.**

Kolosseum.
Jeden Dienstag und Freitag
Garten-Konzert

unter Leitung des Herrn Kapellmeisters **Robert Sulanke** und unter Mitwirkung von Herrn **Curt Heimberg** und Herrn **Josef Immendorf** vom Lübecker Stadttheater. (2536

Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Kolosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelkarte Mk. 2.—, Dutzendkarten Mk. 20.— ausschließlich Steuer.

Bei ungünstiger Witterung im Saal.